IMT Nuremberg Archives

H – 377

International Court of Justice

596

INTERNATIONALER MILITAERGERICHTSHOF
NUERNBERG, DEUTSCHLAND, 18. JUNI 1946.
SITZUNG 10.00 BIS 13.00 UHR.

DURCH DR. KUBUSCHOK:

F: Der Zeuge Guido Schmidt hatte einen Flaggenzwischenfall in Pinkafeld im Mai 1937 erwaehnt. Bitte schildern Sie Ihre Taetigkeit zur Beilegung dieses Konfliktes?

A: Der Flaggenzwischenfall von Pinkafeld wird deswegen von meinem Verteidiger erwaehnt, weil er ein typisches Beispiel ist fuer die Versuche Hitler's auch in der Zeit vor 1938 zu einer aggressiven Politik in Oesterreich zu schreit

Am 1. Mai 1937 wurde in einem kleinen Ort Pinkafeld eine reichsdeutsche Flagge von einem oesterreichischen Beamten heruntergeholt. Grosse Aufregung in der Presse. Ich versuchte die Angelegenheit sofort freundschaftlich mit dem oesterreichischen Aussenminister zu regeln. Darauf erhielt ich ein Telegramm mich sofort nach Berlin zu begeben und komme nach Berlin, meldete mich bei Hitler an. Hitler empfaengt mich nicht. Ich warte 3 Tage. Nach 3 Tagen schreibe ich ihm einen Brief und sage ihm, es scheint, dass sie den Flaggenzwischenfall von Pinkafeld benutzen wollen, um eine aggressiven Politik gegen Oesterreich zu fuehren. Dann habe ich nichts mehr zu tun und ich bitte um meine Demission. 1/4 Stunde spaeter werde ich von ihm in die Reichskanzlei gerufen. Er hielt mir 1/2 stuendigen Vortrag, wuetend und ausser sich um die Demuetigungen, die das deutsche Reich nicht laenger hinnehmen kann. Nachdem er sich ausgetobt hatte, sagte ich ihm, unsere Vereinbarung vom 26. Juni sieht vor, dass die Politik mit Oesterreich nur auf einem evolutionaeren Weg zu fuehren ist. Der Vortrag vom 11. Juni hat das unterstrichen. "Wenn Sie eine andere Politik zu fuehren wuenschen, dann entlassen Sie mich."

Auf diese sehr ernste Zwiesprache hin sagte er: "Nein, Nein. Fahren Sie zurueck, regeln Sie alles; wir wollen unsere friedliche Politik nicht aendern."

Ich bin nach Wien zurueckgefahren und der Zwischenfall wurde mit dem oesterreichischen Aussenminister in 24 Stunden befriedigend geregelt.

F: Haben Sie ueber die von Ihnen in Oesterreich verfolgte Politik mit Vertretern anderer Maechte gesprochen?

A: Ja, ich habe wiederholt ueber die Politik mit Vertretern anderer Maechte gesprochen, beispielsweise im Sommer 1937 mit dem britischen Botschafter Sir Neville Henderson.

H0377 - 0002

H0377 - 0003

VORSITZENDER: Ist dieser Brief, auf den sich der Zeuge bezieht vorgelegt worden oder eine Abschrift des Briefes? Er sprach von einem Brief an Hitler. Er sagte: "Ich schrieb an Hitler."

DR. KUBUSCHOK: Nein, diesen Brief haben wir nicht, wir haben auch keine Kopie. Die Akten des Zeugen sind in Berlin durch Bombenangriff zerstoert worden.

DER ZEUGE: Aber darf ich hinzufuegen, mein Herr, dass der oesterreichische Aussenminister diesen Zwischenfall und seinen Verlauf hier bestaetigt hat. Auch Herr von Neurath kennt diesen Zwischenfall sehr genau.

VORSITZENDER: Wer war der Aussenminister damals?

DER ZEUGE: Der oesterreichische Aussenminister Schmidt, der hier sass als Zeuge; der Zeuge Guido Schmidt.

VORSITZENDER: Fahren Sie fort.

A: Zu dieser Frage darf ich bemerken, dass ich natuerlich sehr haeufig mit Vertretern anderer Maechte ueber die oesterreichische Politik gesprochen habe, beispielsweise im Jahre 1937 mit Sir Neville Henderson dem britischen Botschafter in Berlin. Im Oktober 1937 besuchte ich incognito Paris und sprach dort mit vielen der fuehrenden Politiker u.a. mit dem franzoesischen Praesidenten M. Daladier und mit Mr. Leon Blum ueber dieses Problem. Ich versicherte den Herren, dass wir eine Loesung des oesterreichischen Problems nur auf der evolutionaeren Basis suchen werden und dass ein von uns erhoffter Zusammenschluss der beiden Staaten niemals eine Bedrohung der franzoesischen Interessen bedeuten solle, dass wir im Gegenteil diese Loesung nur im europaeischen Rahmen suchen, d.h. unter [illegible]ung Frankreichs.

Ich hatte damals den Eindruck, dass sowohl in England, wie in Frankreich die Einsicht im Wachsen war ueber die Notwendigkeit einer Regelung ueberhaupt.

DR. KUBUSCHOK: Zum Beweis dafuer, dass der Angeklagte der Ueberzeugung sein konnte, dass die anderen Maechte auf Grund einer evolutionaeren Entwicklung in Oesterreich schliesslich zu einer vertraglichen Vereinbarung bereit sein wuerden, ueberreiche ich Dokument Nr. 74, Seite 169, ein Bericht Papen's an Hitler ueber die soeben skizzierte Besprechung mit Sir Neville Henderson am 1. Juni 1937.

Ich verweise auf das Dokument und weise darauf hin, dass Henderson erklaert hat, er stehe der Loesung des oesterreichischen Problems freundschaftlich gegenueber und hoffe auch einen dahingehenden Einfluss in Paris geltend machen zu koenne

H0377 - 0004

Ich verweise weiterhin auf das Dokument Nr. 30, Seite 177. Eine Erklaerung des belgischen Aussenministers Spaak, nach dem Anschluss und verweise auf den letzten Satz:

"Ich glaube seit langem, dass der Anschluss der Logik der Tatsachen entspricht und wenn er auf normalem Wege vollzogen worden waere, dann waere ich nicht darueber erstaunt gewesen."

DURCH DR. KUBUSCHOK:

F: Mr. Messersmith behauptete, dass die oesterreichische Propaganda von deutschem Geld bezahlt gewesen sei. Haben Sie jemals Gelder fuer solche Zwecke gegeben oder vermittelt?

A: Von mir persoenlich oder durch die Vermittlung der deutschen Gesandtschaft ist niemals auch nur ein Pfennig an die Partei gezahlt worden. Es ist durchaus moeglich und wahrscheinlich sogar, dass Gelder der deutschen Partei nach Oesterreich geflossen sind. Aber da ich ja bekanntermassen das Vertrauen der Partei in beiden Laendern nicht genoss, so bin ich darueber niemals informiert worden.

Eine Ausnahme machte, wie ich ausdruecklich bemerken will, die mir bekannte Hergabe von Geldern fuer den hier schon erwaehnten Unterstuetzungs-Fond "Langott".

F: Die Anklage hat Ihnen eine anti-juedische Einstellung vorgeworfen, in Verbindung mit Ihrem Bericht an Hitler vom 12. Mai 1936, in dem Sie vorschlagen den Freiheitsbund mit Bezug auf die Weiterfuehrung seines Kampfes gegen das Judentum finanziell zu unterstuetzen. Was war der Freiheitsbund ?

A: Der Freiheitsbund war ein Sammelbecken, eine Vereinigung der frueheren christlichen Gewerkschaften und der christlichen Arbeitervereine unter Fuehrung des Praesidenten des Gewerkschaftsbundes. 1934 hatte Dollfuss seine Fuehrung uebernommen. Es waere durchaus laecherlich dem Freiheitsbund, der also in der Mehrzahl aus katholischen Arbeitern bestand eine antisemitische Einstellung im Sinne des Nationalsozialismus nachzusagen.

Wofuer der Freiheitsbund kaempfte, das war die Saeuberung der Verwaltung von Wien von ungeeigneten juedischen Elementen. Die Frage dieser Ueberfremdung war ganz aehnlich den Verhaeltnissen wie sie damals in Deutschland bestanden und ueber die ich gestern ausfuehrlich gesprochen habe. Im uebrigen zeigt dies der von der Anklage vorgelegte Bericht. Ich erfahre, dass die Tschechen wuenschen, enge Beziehungen zum Freiheitsbund herzustellen und dass sie den Freiheitsbund zu diesem Zweck mit gross

H0377 - 0005

Geldmitteln unterstuetzen wollen.

Daraufhin schlage ich Hitler vor, diese moegliche Beeinflussung des Freiheitsbundes durch tschechische Politik auszuschalten, in dem wir ihn selbst unterstuetzen. Aber natuerlich konnten wir doch dem Freiheitsbund nicht sagen: "Wir geben Euch jetzt Hilfe, damit Ihr nicht zu den Tschechen geht." Und deswegen schlug ich Hitler vor, er soll dieses Geld geben, mit Bezug auf die Weiterfuehrung des Kampfes des Freiheitsbundes gegen das Judentum, das war also eine Tarnung. Wenn ich gewuenscht haette das Geld zu geben, fuer eine Bekaempfung des Judentums, dann haette ich ja nicht geschrieben, "mit Bezug auf", sondern "fuer die Weiterfuehrung seines Kampfes."

DR. KUBUSCHOK: Ich verweise auf Dokument Nr. 32, Seite 112 des Dokumentenbuches. Es ist dies ein Auszug aus dem oesterreichischen Jahrbuch von 1933 - 34, eine amtliche Veroeffentlichung. Ich verweise auf den Beginn des 2. Abschnitts, in dem ausgefuehrt ist, dass der Freiheitsbund aus den christlichen Gewerkschaften und christlichen Arbeitervereinen entstanden ist.

Ich verweise weiterhin auf die fuenftletzte Zeile und zitiere: "Zu Beginn des Jahres 1934 uebernahm der verewigte Bundeskanzler, Dollfuss, die oberste Fuehrung des Freiheitsbundes."

Ich verweise weiterhin auf Dokument Nr. 72, Seite 166. Ein Bericht Papen's an Hitler, in dem er eine Anweisung des Prager-Geheimdienstes zitiert. Interessant ist hierbei der Hinweis darauf, dass der Freiheitsbund zu einer Verstaendigung mit der Sozialdemokratie hinarbeitete.

Das naechste Dokument Nr. 70 war bereits als GB 243 ueberreicht worden. Ich weise auf den ersten Abschnitt hin, der die Bemuehungen des tschechischen Diplomaten wiedergibt.

VORSITZENDER: Womit beschaeftigen Sie sich jetzt?

DR. KUBUSCHOK: Dokument Nr. 70, Seite 164. Es ist das Dokument, das von der Anklage erwaehnt worden war unter GB 243 bereits teilweise eingereicht war. Wichtig ist der erste Abschnitt, der die Taetigkeit der tschechischen Diplomatie, die der Angeklagte eben erwaehnt hat, behandelt. Weiterhin laesst sich zur Frage des Freiheitsbundes ein Bericht Papen's aus, der in Dokument Nr. 73, Seite 176 enthalten ist. Auf diesen verweise ich.

Interessant ist weiterhin ein Bericht Papen's in Dokument Nr. 69, Seite 163, der die Bemuehungen zeigt, den Freiheitsbund in die damalige politische Konstellation einzubauen.

H0377 - 0006

F: Herr Zeuge, Schuschnigg machte im Sommer 1937 Anstrengungen die nationale Opposition zur Mitarbeit heranzuziehen. Was ist Ihnen davon bekannt und wie war die weitere Entwicklung?

A: Im Sommer 1937 machte Schuschnigg Anstrengungen das Verprochen zu erfuellen die nationale Opposition zur Mitarbeit heranzuziehen. Der Besuch des Ministers Glaise v. Horstenau bei Hitler im Juni 1937 erfolgte mit dem Einverstaendnis Schuschnigg's. Spaeter gruendete er den sogenannten "Siebener-Ausschuss mit Dr. Jury und Taws. Die Auswahl der Personen, die er traf, ist voellig ohne meine Mitwirkung erfolgt. Aber bezueglich dieses "Siebener-Ausschusses" moechte ich eine Feststellung machen: Offensichtlich gingen diese Befriedungsmassnahmen des Kanzlers der oesterreichischen Partei nicht weit genug oder zu langsam. Die oesterreichische Polizei fand im November 1937 in dem Buero dieses Siebener-Ausschusses Papiere, bekannt unter dem Namen "Taws-Papiere", die auf neue [illegible] und illegale Absichten schliessen liessen. Ich bin zwar von der oesterreichischen Regierung mit diesen Papieren nicht befasst worden, es hat keine offizielle Demarsche stattgefunden. Aber es wurde mir bekannt, dass unter diesen Papieren sich ein Mordplan gegen mich befunden hat. Es wurde der Vorschlag gemacht, ein Attentat auf mich zu machen und aus diesem Grund in Oesterreich einzumarschieren. Der oesterreichische Aussenminister Schmidt hat vorgestern diese Tatsache hier bestaetigt und mir scheint, dass dieser Vorschlag, dieser Plan gegen mich, am allerbesten beweist, wie gross die von der Anklage angenommene Harmonie meiner Politik mit jener der oesterreichischen oder der deutschen Nationalsozialisten war. Ich habe dann mich damals gefreut, dass der oesterreichische Bundeskanzler auch den mir bekannten Seyss-Inquart in die Befriedungsarbeit eingeschaltet hat und ich halte es fuer fair, dass ich hier eine Korrektur vornehme. Der oesterreichische Aussenminister hat ueber ein Gespraech berichtet, mit mir vom Oktober 1933 in Ankara. Damals habe ich ihm gesagt und habe das auch hier in der Voruntersuchung wiederholt, dass Dr. Seyss-Inquart die groesste Enttaeuschung meines Lebens gewesen sei. Ich habe angenommen, dass er es gewesen sei, der nach dem Einmarsch der deutschen Truppen gerufen hat am 11. Maerz, und der verantwortlich sei fuer die Nazifizierung Oesterreichs nach dem Anschluss. Diese meine Beurteilung muss ich korrigieren, nach den Kenntnissen, die wir heute aus den Dokumenten erhalten haben.

H0377 - 0007

F: Ende 1936 wurde Ihr erster Mitarbeiter, Botschaftsrat Prinz Erbach von Wien abberufen. Sein Nachfolger war Botschaftsrat v. Stein. Da dieser dann nach Ihrer Abberufung am 4. Februar 1938 Ihr Amt uebernommen hat, interessiert es zu wissen, wie dessen Einstellung zur Partei und zu Ihnen gewesen ist.

A: Ich habe spaeter erfahren, dass der Botschaftsrat Freiherr v. Stein auf den speziellen Wunsch der Partei zu meinem Botschaftsrat gemacht wurde, weil er eine Kontrolle meiner Politik im Sinne der Partei durchfuehren sollte. Herr v. Stein war ein ueberzeugter Nationalsozialist. Sein Verhaeltnis zu mir war voellig verschieden von dem Verhaeltnis zu seinem Vorgaenger Erbach. Aber ich stelle fest, dass ich auch in dieser Zeit meine politische Linie weiter gefuehrt habe und Herrn v. Stein lediglich die Fuehrung der technischen Geschaefte ueberlassen habe.

F: Das Hossbach-Dokument vom 5. November 1937 ist mehrfach erwaehnt worden. Wussten Sie von der diesem Bericht zu Grunde liegenden -

H0377 - 0008

VORSITZENDER: 37, die Uebersetzung lautete 34. Aber es war 37?

DR. KUBUSCHOK: Ja, 37, vom 5. November 1937.

DURCH DR. KUBUSCHOK

F: Wussten Sie von dieser Besprechung in Berchesgaden, die diesem Dokument zu Grunde liegt ?

A: Von dieser Aufsehen erregenden Besprechung, diesem wirklich sehr wichtigen Dokument der Anklage, habe ich selbstverstaendlich niemals auch nur eine Andeutung gehoert. Ich habe dieses Dokument zum ersten Mal kennengelernt hier in diesem Saal. Aber, wenn ich etwas zu diesem Dokument sagen darf: Der Zusammenhang der Ereignisse des 11. Maerz mit diesem Dokument scheint mir trotz allem sehr lose zu sein, denn aus diesem Dokument geht hervor, dass Hitler den zwangsweisen Einmarsch in Oesterreich, den zwangsweisen Anschluss erst dann durchfuehren wollte, wenn eine europaeische Konstellation es ermoeglichte. Diese Konstellation erwartete er fuer das Jahr 1943, bis 1945.

VORSITZENDER: Dr. Kubuschok, das ist doch nur Argumentation. Er sagt, er hat niemals das Dokument gesehen, bis er vor diesen Gerichtshof kam und jetzt argumentiert er ueber neue Beziehungen zu den Ereignissen, vom 11. Maerz 1937. Das ist eine Sache fuer Sie, dieses zu tun und nicht fuer den Angeklagten.

DR. KUBUSCHOK: Jawohl, das wird dann spaeter vorgebracht.

DURCH DR. KUBUSCHOK

F: Herr Zeuge, am 4. Februar 1938 erhielten Sie ueberraschend Ihre Demission von Ihrem Wiener Posten. Bitte, berichten Sie hierueber dem Gericht.

A: Ich war Ende Januar des Jahres 1938 in Berlin und bei Hitler gewesen, hatte mit ihm gesprochen ueber die Unterhaltung, die ich in Garmisch mit Dr. Seyss-Inquart gehabt hatte und habe keinerlei Anzeichen irgendwelcher Art gehabt, dass er mich aus seinem Dienst entlassen wolle. Das wurde mir am 4. Februar durch einen telefonischen Anruf von Dr. Lammers uebermittelt. Diese ploetzliche und mir unbegruendete Entlassung im Zusammenhang mit der Entlassung von Fritsch und Blomberg und von anderen

H0377 - 0009

fuehrenden Diplomaten, fuehrte natuerlich zu einer Schlussfolgerung Ich war mir darueber klar , dass mit dieser Abberufung ein Kurswechsel zumindestens wahrscheinlich war. Ich habe darueber am folgenden Tage mit dem oesterreichischen Aussenminister gesprochen und ihm meine Sorgen mitgeteilt. Alsdann habe ich in einer Note an die oesterreichische Regierung mich von ihr verabschiedet, bin dann am naechsten Tag zu Hitler gefahren - aber ich muss noch folgendes einschieben -. Diese Entwicklung durch meine Abberufung schien mir so ernst zu sein, dass ich mich am 4. abends entschloss meine gesamte politische Berichterstattung aus den vier Jahren in die Schweiz verbringen zu lassen. Ich wollte in der Lage sein der Welt zu beweisen, dass ich in diesen vier Jahren eine friedliche und evolutionaere Politik in Oesterreich verfolgt haette. Ich wollte der Aussenwelt das beweisen koennen, wenn es dazu kommen wuerde, dass Hitler zu einer Aggression schritt. Der Entschluss dazu fuer einen hohen Beamten war gewiss nicht leicht, denn ich hatte alle Konsequenzen zu tragen, die dieser an sich verbotene Akt mit sich brachte. Am naechsten Tag fuhr ich zu Hitler. Ich hatte das Beduerfnis ihm zu sagen, dass, wenn erschon mich nicht mehr haben wolle er wenigstens einen anderen vernuenftigen und gemaessigten Mann nach Oesterreich senden solle. In der Aussprache, die ich mit ihm hatte, aeusserte er sich nicht darueber, aus welchen Gruenden er mich entlasse. Ich hatte vermutet, es sei ein Wunsch des Herrn v. Ribbentrop gewesen, der an diesem 4. Februar Aussenminister geworden war. Aber Herr Hitler sagte mir, das sei nicht der Fall. In der Aussprache ueber die oesterreichische Lage sagte ich Hitler unter Anderem, ich bedauere es sehr, dass er mich abberufen habe, weil gerade in den letzten Wochen der Bundeskanzler Schuschnigg sich bereit erklaert habe in einer persoenlichen Aussprache mit Hitler alle Differenzen zwischen den beiden Staaten nach Moeglichkeit auszuraeumen. Als Hitler dies hoerte, sagte er zu mir: Wenn das der Fall ist, dann bitte ich Sie sehr zurueckzufahren und diese Aussprache mit Herrn v. Schuschnigg zustande zu bringen. "Ich sagte ihm:"Eigentlich eine merkwuerdige Aufgabe, Sie haben mich gestern abberufen und heute soll ich zurueckfahren. Aber, wenn ich etwas

H0377-0010

im Interesse der oesterreichischen Sache tun kann, eine solche Aussprache zustande bringen zu koennen, dann will ich es gerne tun."

F: Wie bereiteten Sie die Aussprache vor ?

A: Ich habe mich nach der Rueckkehr zu Herrn von Schuschnigg begeben, und habe auch mit ihm ueber die veraenderte Lage gesprochen, die durch meine Abberufung und die Neubesetzung des deutschen Aussenministerpostens entstanden war. Und ich habe Herrn von Schuschnigg gesagt: " Es scheint mir, dass in dieser Lage eine Aussprache beider Staatschefs ueber die Differenzen, die ueber die Auslegung des Julivertrages entstanden sind, nur sehr nuetzlich sein kann." Der oesterreichische Aussenminister hat ja hier bestaetigt, dass ueber diese persoenliche Aussprache wir schon seit dem November 1937 uns unterhalten hatten. Der Vorschlag war, dass in Berchtesgaden gesprochen werden sollte ueber saemtliche Differenzen; ein bestimmtes Programm war nicht entworfen und es war ausgemacht, dass diese Besprechungen sich vollkommen auf dem Boden des Juli-Vertrages befinden sollten, das heisst also, unter Zugrundelegung der Aufrechterhaltung der Souveraenitaet Oesterreichs. An sachlichen Fragen wurde nur noch eine besprochen: Die Einschaltung eines Ministers in das oesterreichische Kabinett, welcher der Vertrauensmann beider Staaten sein sollte, mit der Aufgabe, fuer die Befriedung zwischen der oesterreichischen und der deutschen nationalsozialistischen Partei zu sorgen, das heisst, eine Einmischung der deutschen Partei in oesterreichische Verhaeltnisse in Zukunft unmoeglich zu machen.

Es ist spaeter in der Berchtesgadener Besprechung verlangt worden, dass Dr. Seyss-Inquart das Sicherheitsministerium uebergeben werde. Diese Forderung ist mir vollkommen unbekannt gewesen; ich habe sie auch nicht mit Schuschnigg besprochen. Es wurde lediglich davon gesprochen, dass ein geeigneter Mann, vielleicht Seyss-Inquart, das Innenministerium erhalten solle.

Heute wissen wir aus den Zeugenaussagen, dass neben dieser offiziellen, von mir gefuehrten Aussprache, der oesterreichische Parteikanal lief, der seine Vorschlaege an Hitler brachte, Vorschlaege, die

H0377 - 0011

mir unbekannt waren.

F: Geben Sie bitte eine Darstellung ueber den Verlauf der Besprechung in Berchtesgaden.

A: Diese Besprechung ist hier wiederholt geschildert worden. Ich habe Herrn Schuschnigg und Herrn Schmidt persoenlich dorthin begleitet, und es ist durchaus moeglich, dass, als ich Sie an der oesterreichischen oder an der deutschen Grenze empfing, ich ihnen gesagt habe, dass sie ausser Hitler oben vielleicht einen oder mehrere Generale finden werden, denn moeglicherweise hatte ich am Vormittag mit Berchtesgaden telefoniert und in Erfahrung gebracht, dass diese Generale anwesend seien.

Der Verlauf der Besprechung war natuerlich sehr verschieden von Besprechungen, wie sie sonst im diplomatischen Leben ueblich sind. Aber er war nicht so dramatisch, wie es von verschiedenen Seiten hier dargestellt worden ist.

Meines Wissens haben diese von Hitler am Vorabend und ohne meine Kenntnis herbeigerufenen Generale lediglich durch ihre Anwesenheit gewirkt und wirken sollen. Zu politischen Gespraechen sind sie nach meiner Kenntnis, und soweit ich an solchen Gespraechen beteiligt war, nicht herbeigezogen worden. Der Ton, in dem Hitler verhandelte, die Vorwuerfe, die er Herrn v. Schuschnigg machte, mussten mir sehr unsympathisch sein. Ich habe deshalb verschiedentlich vermittelnd eingegriffen. Ich erinnere mich sehr gut eines Vorfalles, als Hitler und Schuschnigg alleine verhandelten, und die Unterhaltung ausserordentlich laut wurde, ich mich in das Konferenzzimmer begab, und dort feststellte, dass Hitler Herrn v. Schuschnigg vorwarf, er sei kein deutscher Mann, er entbehre jeden nationalen Gefuehles, sodass ich eingriff und Herrn Hitler sagte: "Sie beurteilen Herrn v. Schuschnigg voellig falsch; Herr v. Schuschnigg denkt genau so deutsch, wie Sie und ich, nur wuenscht er nicht einen Zusammenschluss unserer beiden Laender, unter der Staatsdoktrine, die Sie augenblicklich in Deutschland vertreten." In dieser Konferenz wurde Herrn v. Schuschnigg und Herrn Schmidt ein Programm vorgelegt, das mir, wie ich schon sagte, persoenlich unbekannt war. Von diesem Programm wurden verschiedene Punkte abgehandelt, wie

H0377 - 0012

zum Beispiel die Besetzung der oesterreichischen Armee mit dem General v. Glaise , und alle wirtschaftlichen Forderungen, und daher habe ich, als gegen Abend die Konferenz zu Ende ging, Herrn v. Schuschnigg gesagt, er moege den Rest annehmen, damit unsere friedliche Weiterentwicklung nicht gestoert werde. Im uebrigen hat ja Herr v. Schuschnigg dieses Programm oder diese Annahme nur paraphiert mit dem ausdruecklichen Vorbehalt, dass die Abmachungen von der oesterreichischen Regierung und dem oesterreichischen Bundeskanzler bestaetigt werden muessten. Es war also durchaus die Moeglichkeit einer Korrektur auch spaeterhin von der oesterreichischen Seite gegeben.

F: Ihre Darstellung ist in einem Punkt nicht ganz klar gewesen. Sind Sie erst gleichzeitig mit Schuschnigg und Dr. Schmidt in Berchtesgaden eingetroffen ? Waren Sie vorher schon in Berchtesgaden oder hatten Sie anderwaerts uebernachtet ?

A: Nein. Ich bin mit Herrn v. Schuschnigg von Wien nach Salzburg gefahren, habe dort mit ihm uebernachtet und bin am naechsten Morgen mit ihm nach Berchtesgaden gefahren. Ich bin also vorher nicht in Berchtesgaden gewesen. Aber Herr v. Schuschnigg hat behauptet, ich haette ihm des morgens vor unserem Besuch gesagt, es seien Generale oben. Ich erinnere mich nicht mehr daran, aber es ist moeglich, denn es kann sein, dass ich des morgens von Salzburg aus telefoniert habe und das erfahren habe.

F. Noch ein Punkt waere zu ergaenzen. Schuschnigg sagte, Sie haetten ihn an der Grenze empfangen. Vielleicht klaeren Sie diesen Punkt noch auf.

A. Ja. Herr v. Schuschnigg und ich hatten zusammen, wie ich gesagt habe, in Salzburg uebernachtet. Am naechsten Morgen bin ich bis zur Grenze vorausgefahren und habe ihn an der deutschen Grenze erwartet.

F. Wurde mit dem Abkommen von Berchtesgaden der Boden des Vertrages vom 11. Juli 1936 verlassen ?

A. Das Ergebnis der Abmachungen von Berchtesgaden war gewiss eine Erweiterung gegenueber dem Juli-Abkommen. Aber der Boden des Juli-

H0377-0013

Vertrages, seine Grundlage, das heisst, die Aufrechterhaltung der oesterreichischen Souveraenitaet, wurde nicht verlassen. Das ist auch in den beiden Communiques beider Regierungen, wie sie auf Anlass der Annahme des Abkommens veroeffentlicht wurden.

DR. KUBUSCHOK: Ich verweise auf Dokument 78, Seite 174, das amtliche Communiquie. Weiterhin auf Dokument 79, Seite 175, die Reichstagsrede Hitlers vom 20. Februar zu dieser Frage.

DURCH DR. KUBUSCHOK

F: Am 26. Februar machten Sie Schuschnigg einen offiziellen Abschiedsbesuch. Die Anklage hat hierueber eine Aktennotiz vorgelegt. Bitte, aeussern Sie sich zu diesem Abschiedsgesuch.

A; Diese Aktennotiz enthaelt offensichtlich das was ich ueber meinen Abschiedsbesuch dem Herrn v. Ribbentrop telefonisch mitgeteilt habe. In dieser Aktennotiz lenke ich die Aufmerksamkeit des Auswaertigen Amtes auf die Tatsache, - - -

VORSITZENDER: Worauf beziehen Sie sich jetzt ?
Was ist das Datum dieser Notiz ?

DR. KUBUSCHOK: Auf die Aktennotiz vom 26. Februar, die von der Anklage vorgelegt worden ist.

SIR DAVID MAXWELL-FYFE: Dokumentenbuch 11a, Seite 1.

ZEUGE:

A: In dieser Aktennotiz spreche ich von dem Druck, der auf Schuschnigg ausgeuebt worden sei und unter dem er gehandelt habe. Die Tatsache, dass ich dies dem Auswaertigen Amt mitteile, sollte eigentlich zeigen, dass ich diesen Druck selbst missbillige, sonst haette ich ja daruber nicht berichtet. Am 26.Februar war denn auch meine interne Taetigkeit endgueltig beendet.

F: Am 9. Maerz 1938 verkuendete Schuschnigg das Plebiscite. Aeussern Sie sich bitte hierzu.

A: Das Plebiscite, das Herr v. Schuschnigg verkuendete, war natuerlich eine vollkommene Ueberraschung. Es stand nach meiner Auffassung im Widerspruch zu dem Geist, der in Berchtesgaden vereinbarten Dinge und zu der Tendenz eines friedlichen Ausgleichs der Spannungen.

Das Plebiscite verstiess ja auch gegen die oesterreichische Verfassung. Es war ja kein Beschluss der oesterreichischen Regierung,

H0377 - 0014

sondern es war eine spontane Massnahme des oesterreichischen Bundeskanzlers, und es war nach meiner Ansichtganz klar, dass diejenigen Elemente, die in Oesterreich fuer einen Zusammenschluss waren, ueber dieses Plebiscite sehr ueberfreut waren.

F: Der Zeuge Rainer hat bei seiner Bekundung und in seiner zitierten Rede erwaehnt, dass er am Abend des 9. Maerz in Ihrer Wohnung gewesen sei. Handelte es sich hierbei um eine verabredete Konferenz, ueberhaupt um eine Konferenz, oder um eine Beratung ?

A: Keineswegs, ich war von Wien abwesend vom 26. abends, soviel ich mich erinnere, bis etwa 9. Maerz. Ich bin an diesem Tage nach Wien zurueckgekommen, und es kann natuerlich moeglich sein, dass die Herren in meine Gesandtschaft kamen und mich dort gesprochen haben. Irgend etwas Arrangiertes von meiner Seite steht garnicht zur Debatte.

F: Waren Sie am 11. Maerz in Berlin ?

A; Am 10. Maerz, abends, erreichte mich in der Gesandtschaft ein telefonischer Anruf der Reichskanzlei, ich solle mich sofort--

VORSITZENDER: Wir haben diese Antwort nicht gehoert.

A: Am 10. Maerz, abends, erreichte mich in der Gesandtschaft ein Telefonanruf der Reichskanzlei, mit dem Befehl Hitler's, mich sofort in der Nacht noch nach Berlin zu begeben. Ich bin denn am naechsten Morgen nach Berlin geflogen und etwa zwischen 8 und 10 Uhr vormittags in der Reichskanzlei eingetroffen. Warum Hitler mich bestellt hat, weiss ich nicht; ich nehme an, dass bei der Entwicklung dieser Krise er vielleicht meinen Rat wuenschte, vielleicht hat er auch gefunden, dass meine Anwesenheit in Wien fuer seine Plaene stoerend sein wuerde. Jedenfalls war ich nun an diesem entscheidenden Tage, am 11. Maerz in Berlin und in der Reichskanzlei. Ich traf Hitler, umgeben von sehr vielen Ministern, Herrn Goering, Dr. Goebbels, von Neurath, Staatssekretaere und auch Militaers. Er begruesst mich mit den Worten:

"Die Lage mit Oesterreich ist unertraeglich geworden, Herr von Schuschnigg verraet die deutsche Idee, auf diese Zwangsabstimmung koennen wir uns nicht einlassen."

H0377 – 0015

Und wie ich seine starke Aufregung sah, erinnerte ich ihn noch einmal an sein mir in Bayreuth gegebenes Versprechen und warne ihn dringend vor uebereilten Entschluessen. Aber an diesem Morgen sagte er mir: "Entweder wird das Plebiscite abgestellt, oder die Regierung muss abtreten."

Wir wissen ja heute von dem Brief, den er durch einen Sonderkurier an Dr. Seyss geschickt hat, von dieser ultimativen Forderung an die oesterreichische Regierung. Er hat mich damals ueber dieses aktive Eingreifen seinerseits nicht orientiert. Der Tag hat sich dann weiterhin so abgespielt, dass ich selbst mit der Mehrzahl der anwesenden Personen mich in dem grossen Saal aufhielt, waehrend im Privatbuero Hitler's von Herrn Goering telefoniert wurde. Was telefoniert wurde, haben wir, die wir im grossen Saal warteten, nur sehr bruchstueckweise erfahren, aber wir wissen es ja jetzt aus den Dokumenten hier.

Nur einen Zwischenfall will ich erwaehnen. Gegen 5 Uhr nachmittags kam die Meldung aus Wien, dass die Regierung Schuschnigg's bereit sei, abzutreten. Daraufhin habe ich Hitler bestuermt, nunmehr seine militaerischen Anordnungen zurueckzuziehen. Herr Hitler hat das getan. Zwischen 5 und 6 Uhr nachmittags wurde der Befehl an die bereitgestellten militaerischen Kraefte zurueckgezogen. Ich habe damals den anwesenden General Keitel und den General von Brauchitsch beglueckwuenscht, dass uns diese Sache erspart blieb. Aber eine Stunde spaeter war die Situation wieder ganz anders. Als von Wien telefoniert wurde, der Bundespraesident weigere sich, eine Regierung Seyss-Inquart zu ernennen, hat Hitler erneut die Befehle an die Truppen wieder herausgegeben. Dann hiess es am spaeten Abend, die oesterreichische Regierung habe um den Einmarsch deutscher Truppen gebeten, weil sie sonst der Situation nicht Herr werden koenne.

Ich sehe noch Herrn von Neurath, der neben mir steht, und der zu mir sagt,"Das ist eine so wichtige Meldung aus Wien, dass wir sie unbedingt schriftlich haben muessen."

Wir stehen also unter dem Eindruck, dass dieser Ruf um Hilfe, von Wien aus an uns gerichtet wird. Der weitere Verlauf des Abends

H0377 – 0016

ist bekannt und ich kann nur sagen, dass ich persoenlich auf das tiefste erschuettert war ueber diese Loesung, denn es war ganz klar wenn man mit der Armee einmarschierte, koennte es zu Zwischenfaellen und zu Blutvergiessen kommen, und ein neues Blutvergiessen zwischen unseren beiden Voelkern wuerde nicht nur die Deutsche Frage erneut unerhoert kompromittiert haben, sondern auch den allerschlechtesten Eindruck hinterlassen haben ueber die Fuehrung der Deutschen Politik.

DR. KUBUSCHOK: Ich verweise auf Dokument 97, Seite 241 des 3. Dokumentenbuches. Verzeihung, es ist noch nicht im Dokumentenbuch enthalten, es wird soeben ueberreicht, - Dokument 97, Seite 241.- Es ist ein Affidavit von Thoss, einem Freund des Zeugen Papen, der ihm am Abend des 11. Maerz gesprochen hat. Ich zitiere etwa von der Mitte beginnend:

"An jenem 11. Maerz 1938, dem Beginn des Einmarsches deutscher Truppen in Oesterreich, erschien Herr von Papen spaet abends im Union Club, wo er mir sehr erregt und verzweifelt erklaerte: " Ich komme soeben aus der Reichskanzlei. Ich habe versucht, Hitler den Einmarsch auszureden und dringend abgeraten, er begeht aber den Wahnsinn und hat soeben den Befehl zum Einmarsch gegeben."

F: Wussten Sie, Herr Zeuge, etwas ueber den militaerischen Plan "Fall Otto" ?

A: Ich habe von diesem Fall "Otto" erstmalig hier aus diesen Verhandlungen gehoert.

F: Sie haben, Herr Zeuge,--

A: Einen Augenblick.

F: Bitte.

A: Der Fall "Otto" war bekanntlich eine theoretische Vorbereitung des militaerischen Einfalles fuer den Fall, dass infolge der Restauration der Habsburger, die Tschechen und Ungarn in Oesterreich einruecken wuerden.

VORSITZENDER: Augenblick, bitte, Das war genau, was der Angeklagte gerade gesagt hatte, er wusste nichts davon, aber er versucht es zu erklaeren.

H0377 – 0017

DR. KUBUSCHOK: Ja, sehr richtig, Herr Praesident.

F: Wir gehen zur naechsten Frage ueber.
Sie erwaehnten vorhin, dass Sie beschlossen haetten, die Akten, di fuer Ihre Taetigkeit in Wien ein dokumentarischer Beleg waren, nac der Schweiz zu schaffen. Ist dies dann spaeter durchgefuehrt worde

A: Ja, das ist durchgefuerhrt worden. Mein Sekretaer, Herr von Ketteler, hat diese Akten anfangs Maerz 1938 nach der Schweiz verbracht.

F: Schildern Sie kurz die Umstaende der Ermordung Ihres Mitarbeiters Baron von Ketteler, nach dem Einmarsch der Deutschen in Oesterreich. Was haben Sie insbesonders fuer die Aufklaerung des Falles unternommen ?

A: In den Tagen des Einmarsches in Wien war mein Sekretaer und Freund, Herr von Ketteler, ploetzlich verschwunden. Ich alarmierte sofort die Wiener Polizei, Herrn Himmler, Hernn Heydrich und Dr. Kaltenbrunner. Man versprach Nachforschungen. Die Nachforschungen blieben lange erfolglos. Ich hatte zunaechst angenommen, dass Herr von Ketteler gefluechtet sei, weil seine Beziehungen zu der Oesterreichischen Partei sehr schlecht waren. Aber dann stellte sich einige Wochen spaeter heraus, dass die Leiche des Herrn von Ketteler in der Donau, unterhalb Wiens, gefunden wurde. Ich erstattete Anzeige beim Staatsanwalt auf Mord gegen Unbekannt. Auf meine Intervention ersuchte ich um eine Obduktion der Leiche. Die Obduktion findstatt mit dem Resultat, dass keine Anzeichen einer gewaltsamen Toetung zu erkennen sind. Trotzdem ist mir vollkommen klar, dass dieser neue Akt ein Racheakt der Gestapo gegen mich und meine Politik und meine Freunde gerichtet ist. Ich wende mich an Goering, dem die Gestapo untersteht, um Hilfe. Herr Goering fordert die Akte an von der Gestapo und sagt mir, es bestuenden Beweise, dass Herr von Ketler einen Attentatsversuch gegen Hitler vorbereitet habe. Ich erklaere das fuer voellig ausgeschlossen. Aber dann wird von Herrn Goering festgestellt, durch die Gestapo, dass ich meine Akten in d Schweiz verbracht habe und dass Herr von Ketteler dabei geholfen habe. Herr Goering verspricht mir, mit Hitler zu verhandeln und di Bestrafung der Gestapoleute zu verlangen, die an diesem Falle beteiligt sind. Ich glaube auch, dass er es getan hat, aber ein Erfolg auf diese Intervention ist nicht gewesen.

F : Sie haben sich nach Ihrer Abreise aus Wien ins Privatleben zurueckgezogen. Sind Ihnen neue Auslandsposten angeboten worden ?

A : Ich habe mich ins Privatleben zurueckgezogen, da meine Erfahrungen nach dem 30. Juni und jetzt in Oesterreich, ja nicht so waren, dass ich erneut einen Posten haette anstreben sollen. Ich kann nur feststellen, dass Herr von Ribbentrop in der nachfolgenden Zeit mich zweimal gebeten hat, als Botschafter nach Ankara zu gehen, und dass ich es zweimal abgelehnt habe.

F : Als letzte Frage, zu dem Komplex Oesterreich, nach dem Einmarsch in Wien, hat Hitler Ihnen das Goldene Parteiabzeichen verliehen. Bitte aeussern Sie sich dazu ?

A : Das ist zutreffend. Hitler pflegte, wie wir wissen, nach einer ploetzlichen Entlassung, und er hatte mich ja am 4. Februar kurzer Hand entlassen, und die oesterreichische Frage ohne mich geloest. Solche Akte pflegte er nach aussen hin durch freundliche Briefe und Dekorationen zu camouflieren. Vielleicht haette ich damals dieses Goldene Parteiabzeichen ablehnen sollen, denn ich befand mich ja in keiner offiziellen Position mehr und haette an sich keinen Grund gehabt, es anzunehmen. Aber die Lage, in der ich mich in diesen Tagen befand, war doch so schwierig, dass ich sie nicht noch verschlechtern wollte. Mein Mitarbeiter Kettelер war verschwunden, und ich musste gewaertig sein, in einen Staatsprozess verwickelt zu werden, weil ich meine Akten nach der Schweiz verbracht hatte. Also habe ich das Abzeichen angenommen. Aber ich bestreite, dass damit meine Parteizugehoerigkeit bewiesen ist. Ich glaube, dass niemand, der mich kennt, auch unter den Herren, die mit mir zusammen auf dieser Bank sitzen, behaupten wird , dass ich jemals in meinem Leben ein Nationalsozialist gewesen bin.

DR.KUBUSCHOK: Ich stehe jetzt vor der Eroerterung eines verhaeltnismaessig kurzen Zeitabschnittes, naemlich der "tuerkischen Zeit ". Darf ich damit jetzt beginnen ?

H0377 - 0018

H0377 - 0019

VorSITZENDER : Warum ist es notwendig, in die Vorkommnisse nach dem Anschluss im Maerz 1938 einzugehen in Anbetracht dessen, was die Anklagebehoerde ausgesagt hat. Ich meine, klaert es auch die Vergangenheit auf ? Wie ich verstehe - -

DR. KUBUSCHOK : Herr Praesident, ich bin dann fertig mit dem gesamten Oesterreich-Komplex. Ich habe jetzt nur noch einen kurzen Komplex, die Taetigkeit des Angeklagten waehrend seiner Botschafterzeit in Ankara. Ich frage nur, ob es an der Zeit ist, jetzt damit zu beginnen, oder ob das Gericht eine Pause wuenscht. Ich werde ungefaehr in einer Stunde voellig fertig sein.

VORSITZENDER : Das will ich in einigen Minuten tun. Aber, was ich Sie fragen wollte, war, warum ist es notwendig, in die Geschichte des Angeklagten in Ankara einzugehen im Hinblick auf das, was die Anklagebehoerde bezueglich des Vorwurfes gegen den Angeklagten gesagt hat. Wie ich es verstehe, hat die Anklage gesagt, dass sie gegen den Angeklagten keine Beschuldigungen macht in Verbindung mit seiner Taetigkeit in Ankara. Wenn nun die Geschichte jener Zeit nicht dazu beitraegt, das Vergangene aufzuklaeren bis zum Maerz 1938, dann wird es fuer diesen Prozess nicht wichtig sein.

DR. KUBUSCHOK: Ich beschraenke mich bei der Eroerterung der tuerkischen Taetigkeit auf wenige Punkte, und zwar sehr richtig, lediglich zur Beleuchtung der vorherigen Taetigkeit des Angeklagten von Papen. Die Beweisfuehrung wird sich darauf erstrecken, dass der Angeklagte in dieser Taetigkeit klar zu erkennen gegeben hat, dass er ein ausgesprochener Gegner des Krieges in allen Phasen gewesen ist, und dass er in allen Phasen des Krieges lediglich bemueht gewesen ist, zu einem Frieden zu kommen. Es soll also dieses Material aus der tuerkischen Taetigkeit den Gegenbeweis dafuer liefern, dass der Angeklagte vorher sich irgendwie aktiv an einer Kriegspolitik hatte beteiligen koennen. Wir muessen ja wohl auch ein vollstaendiges Bild von einem Mann bekommen, der unter der Anklage der Konspiration steht. Wir muessen, wenn er in einem offiziellen Posten unmittelbar vor Ausbruch des Krieges, und

waehrend des Krieges, gestanden hat, doch unbedingt untersuchen, ob sein Verhaeltnis in dieser Zeit nicht gerade den Gegenbeweis liefert, sondern dass er vorher irgend wie mit den Plaenen, die ja erst waehrend des Zeitraumes seiner ersten Zeit zur Durchfuehrung gekommen sind, in Uebereinstimmung gestanden hat. Die Fragen sind kurz, wir werden - - -

VORSITZENDER : Das Gericht vertagt sich und Sie koennen dann nachher die Fragen stellen.

(P a u s e)

Verhoer durch Dr. Kubuschok :

F : Unter welchen Umstaenden erfolgte im April 1939 Ihre Berufung als Botschafter nach Ankara ? Warum haben Sie diesen Posten angenommen ?

A : Ich habe den Posten angenommen, nachdem ich ihn zweimal abgelehnt hatte, unter sehr aussergewoehnlichen Umstaenden. Am Tage der Besetzung Albaniens durch Italien hat Herr von Ribbentrop mich angerufen und mich dringend nach Berlin gebeten. Dort hat er mir auseinandergesetzt, dass der Posten in Ankara, der seit 6 Monaten unbesetzt war, sofort besetzt werden muesse wegen der Komplikationen, die aus der Albanien-Besetzung im Suedosten entstehen koennten. Bevor ich diesen Posten annahm, hatte ich mir sehr wohl ueberlegt, ob ich noch einmal irgend etwas fuer die Hitler-Regierung tun koenne und tun muesse. Wir wussten seit dem 15. Maerz, dem Einmarsch in Prag, dass wir auf einem Pulverfass sassen. Es gab in dieser europaeischen Frage zwei Konflikt-Moeglichkeiten; das eine war die Polenfrage, da konnte ich nichts tun, das andere war die Suedostfrage, die akut geworden war durch die albanische Besetzung. Ich fuehlte, dass ich hier etwas tun konnte und dazu beitragen konnte, dass der europaeische Friede aufrecht erhalten bliebe. Darum habe ich mich zur Verfuegung gestellt in diesem Augenblick, nach Ankara zu gehen.

F : Sie fuehren zunaechst informationshalber nach Ankara, haben dort die Lage geklaert und dann Ihre Ansicht in einem muendlichen und schriftlichen Bericht kundgetan. Bitte aeussern

H0377 – 0020

H0377-0021

Sie sich dazu ?

A : Ich erhielt in Ankara sofort ein Bild der Gesamtlage, weil ich ja alle fruecheren Persoenlichkeiten dort kannte.

VORSITZENDER : Dr. Kubuschok, Sie haben doch nicht vor, mit dem Angeklagten all die Verwicklungen der tuerkischen Politik durchzugehen ?

DR. KUBUSCHOK : Nein, das ist nicht meine Absicht. Der Angeklagte berichtete in Berlin nicht nur an Hitler, sondern auch an andere Stellen. Dieser Bericht zeigt seine positive Taetigkeit fuer die Erhaltung des Friedens. Das ist der Grund warum ich auf diese Fragen eingehe.

VORSITZENDER : Haben Sie diesen Bericht ?

DR. KUBUSCHOK : Nein, dieser Bericht ist auch bei den Akten des Auswaertigen Amtes, an die ich nicht herankommen kann.

VORSITZENDER : Nun befassen Sie sich nur mit dem Gegenstand, aber moeglichst kurz.

DR. KUBUSCHOK : Zeuge, fahren Sie bitte fort.

ZEUGE : Ich werde mich ganz kurz fassen, Mylord.
Ich bin zurueckgekommen von der Tuerkei, habe Hitler in einem Bericht gesagt, was man tun muss, um den europaeischen Frieden zu erhalten. Ich habe dieses Memorandum auch an Keitel und Brauchitsch gegeben. Ich habe darin ausgefuehrt, dass es notwendig sei, um die Lage im Suedostraum zu halten, dass Italien tatsaechlich Versprechungen gibt, das heisst, Zurueckziehung seiner militaerischen Kraefte aus Albanien, und eine Regel seines Verhaltens mit der Tuerkei, um dort jeden Zweifel an der Aufrichtigkeit der italienischen Politik zu bewegen. Darueber ist es zu einer sehr erregten Auseinandersetzung zwischen dem Grafen Ciano und mir gekommen. Graf Ciano befand sich an diesem Tage in Berlin zur Unterzeichnung des deutsch-italienischen Buendnisses. Als ich ihm meine Vorschlaege machte, war er in hohem Masse entruestet ueber diese Zumutungen und beschwerte sich bei Herrn von Ribbentrop ueber mich. Es folgte dann eine sehr erregte Auseinander-- setzung mit Herrn von Ribbentrop, der mir sagte, dass er die deutsche Aussenpolitik fuehre, und nicht ich, und dass es schliess-

H0377 - 0022

lich meine Aufgabe sei, Vorschlaege fuer die Befriedung zu machen. Ich habe dann Herrn von Ribbentrop mein Abschiedsgesuch angeboten und ihm gesagt, es sei nutzlos, dass ich unter solchen Umstaenden nach Ankara gesandt werde, aber Herr von Ribbentrop hat dann eingelenkt und ich bin wieder zurueckgefahren.

DURCH DR. KUBUSCHOK :

F : Haben Sie in diesem Bericht ganz allgemein gegen ein Kriegsabenteuer gewarnt und mit welchen Gruenden haben Sie diese Warnung unterstuetzt ?

A : Das Memorandaum, das ich auch an General Keitel und General Brauchitsch gegeben habe, enthielt auch eine militaerische Darlegung der Lage. Darin habe ich ausgefuehrt, der Beginn deines Krieges um den polnischen Korridor muss unbedingt zu einem Weltkrieg fuehren. Wenn ein solcher Weltkrieg ausbricht, ist die Lage Deutschlands hoffnungslos, denn es unterliegt keinem Zweifel, dass England sein Versprechen an Polen halten wird und dass England und Frankreich an die Seit Polens tritt.

F : Wie war Ihre Reaktion auf die Nachricht ueber den Ausbruch des Krieges am 1. September 1939 ?

A : Als mich die Nachricht vom Ausbruch des Polenkrieges in Ankara erreichte, war ich entsetzt. Ich hatte selbstverstaendlich gehofft, dass Hitler sich von diesem Schritt, der uns in das groesste Ungluck stuerzen muesste, zurueckhalten wuerde.

F : Ich verweise auf das Dokument 14, Seite 62, ein Affidavit der langjaehrigen Privatsekretaerin des Zeugen von Papen. Ich zitiere eine kurze Stelle von Seite 64, den zweitletzten Absatz :

" Die Bekanntgabe des Kriegsausbruches am Radio erlebte ich in der Botschaft Ankara zusammen mit dem Botschafter und den saemtlichen Miterbeitern. Anschliessend daran ging ich mit dem Botschafter durch den Park der Botschaft. Der Botschafter war ausserordentlich erregt und erschuettert. Ich hatte ihn nie so gesehen, selbst nicht nach den dunkelsten Tagen des 30. Juni 1934 und nicht nach der Ermordnung seines Freundes Ketteler.

Deshalb erinnere ich mich genau an jedes Wort, das der Botschafter damals zu mir sagte :

H0377 - 0023

" Denken Sie an meine Worte : Diesen Krieg zu provozieren ist das groesste Verbrechen und der groesste Wahnsinn, den Hitler und seine Leute begehen konnten. Deutschland kann diesen Krieg nicht gewinnen. Alle werden unter den Truemmern bleiben."

Wie waren Herr Zeuge, Ihre Entschluesse fuer die Zukunft ?

A : Was konnte ich tun ? ; ich konnte entweder Protest erheben, dann musste ich, um nicht als Hochverraeter in Deutschland erschossen zu werden, im Auslande bleiben. Ich konnte in die Emigration gehen. Das wuerde ich niemals getan haben, denn ich habe immer gefunden, dass man in seinem Lande besser arbeiten kann als in der Emigartion. Ich konnte meine Demission geben; dann kehrte ich nach Deutschland zurueck und wuerde Soldat. Das Beste schien mir, ich bleibe dort wo ich war und wo ich am ersten meinem Vaterlande helfen konnte.

F : Ich komme auf Ihre verschiednen Friedensbemuehungen zu sprechen. Bitte schildern Sie zunaechst Ihre Verhandlungen mit dem hollaendischen Gesandten Dr. Visser.

A : Ich hatte unmittelbar nach dem Polenfeldzug Verhandlungen mit dem damaligen hollaendischen Gesandten in Ankara Dr. Visser, der sich bereit erklaerte zu einer Vermittlung seines Aussenministers in London. Die Voraussetzung eines Friedens waere naturgemaess gewesen die Restauration Polens mit einer entsprechenden Regelung der Korridorfrage, der deutschen Teile.

Ich habe Herrn von Ribbentrop diese Moeglichkeit einer Friedensvermittlung unterbreitet, aber es schien mir, dass sie in Berlin nicht weiter verfolgt wurde und deshalb begab ich mich im November 1939 persoenlich nach Berlin. Herr von Ribbentrop sagte mir, " /Der Fuehrer will nichts von Friedensverhandlungen wissen, ich bitte Sie also keine weiteren Schritte zu unternehmen."

Ich bin trotzdem zu Hitler gegangen, habe ihm das Angebot der Hollaender unterbreitet und den wunsch des hollaendischen Gesandten Dr. Visser, persoenlich nach Berlin zu kommen. Hitler hat leider alle meine Argumente abgelehnt.

H0377 - 0024

DR. KUBUSCHOK: Ich weise darauf hin, dass mit Genehmigung des Gerichts an den Gesandten Dr. Visser ein Fragebogen ueber dieses Beweisthema hinausgegangen ist, der Fragebogen ist noch nicht eingetroffen.

DURCH DR. KUBUSCHOK :

F : Machten Sie 1939 weitere Vorschlaege in Richtung einer Kriegsbeendigung ? Ich denke dabei an einen Bericht ueber die Wiederherstellung des Rechtslebens in Deutschland.

A : Ja; ich habe im Dezember 1939 einen ausfuehrlichen Bericht an Herrn von Ribbentrop fuer Hitler gerichtet und habe in diesem Bericht ausgefuehrt, dass die erste Bedingung fuer jeden Friedensschluss und fuer jede Friedensbereitschaft des Auslandes die Abkehr von den jetzigen Regierungsmethoden Deutschlands sein muess das heisst eine Rueckkehr in Deutschland zu verfassungsmaessigen Zustaenden. Dann habe ich Hitler gesagt : " Wenn Sie das getan haben, werden Sie mehr Kredit im Auslande finden und es wird vielleicht moeglich sein, eine Friedensvermittlung anzubahnen."

F : Wie war die Instruktion, die Sie von Berlin erhalten hatten in Bezug auf Friedensbemuehungen und was taten Sie trotzdem ?

H0377 - 0025

A: Die Missionchefs haben wiederholt vom Reichsaussenminister den strikten Befehl erhalten unter keinen Umständen irgendwelche Friedensfühler auszustrecken. Solche Versuche würden nach Ansicht des Auswärtigen Amtes ein Zeichen der Schwäche sein. Ich habe mich an dieses Gebot nicht gehalten, weil ich entschlossen war, von mir aus alles zu versuchen um den Krieg abzukürzen. Daher habe ich mich im Frühjahr 1941 vor der Balkankrise an Seine Majestät den König von Schweden gewandt mit der Bitte, eine Friedensvermittlung einzuleiten. Ich habe auch den Präsidenten der Türkei, Ismed Incenue (?) gebeten, die Möglichkeiten einer Vermittlung zu erwägen. Präsident Inoenue hat das zugesagt, während Seine Majestät der König von Schweden es ablehnte und sagte, dass ihm die Lage nicht geeignet erscheine. Der türkische Staatspräsident verlangte nur, dass für eine Vermittlung er offiziell darum gebeten werde. Das ist natürlich nicht erfolgt.

F: Wie dachten Sie über die Ereignisse des 10. Mai 1940, des Einmarsches der deutschen Truppen in Holland und Belgien und was haben Sie diesbezüglich kundgetan?

A: Am 10. Mai 1940 stand vor meiner Seele der Eindruck, der den ganzen ersten Weltkrieg beherrscht hatte, weshalb und warum Deutschland die belgische Neutralität gebrochen habe. Es war mir völlig unerklärlich, dass dieser psychologische Fehler ein zweites Mal wiederholt würde und ich habe dieser meiner Meinung Ausdruck gegeben in einem Briefe, den ich am 10. Mai an den holländischen Gesandten Dr. Visser gerichtet habe.

F: Was taten Sie um die Ausweitung des Krieges auf dem Balkan zu steuern?

A: Als die jugoslawische Krisis ausbrach und unsere Truppen durch Bulgarien marschierten, veranlasste ich Hitler einen persönlichen Brief an den türkischen Staatspräsidenten zu richten. In diesem Brief versicherte er dem türkischen Staatspräsidenten, dass er unter keinen Umständen beabsichtigen werde sich auch gegen die Türkei zu richten und dass er deshalb den deutschen Truppen den Befehl gegeben habe, sich 40 Kilometer von der türkischen Grenze entfernt zu halten.

F: Im Juni 1941 schlossen Sie mit der Türkei einen Freundschafts-

H0377 - 0026

pakt. Geben Sie bitte ganz kurz die Gründe hierzu an.

A: Die Gründe waren sehr einfach; Begrenzung des Krieges. Die Türkei sollte wissen, dass trotz unseres Bündnisses mit Italien, trotz des Krieges auf dem Balkan, trotz des Krieges in Griechenland, die Türkei niemals bedroht würde. Sie sollte auch wissen, dass wir nicht versuchen würden durch die Türkei nach dem Suezkanal vorzustossen. Die Verhandlungen waren sehr lang und schwierig, weil Herr von Ribbentrop wünschte, dass in diesen Vertrag keine Erwähnung getan würde über die vertraglichen Bindungen der Türkei mit den Alliierten. Ich habe dann Herrn von Ribbentrop darauf hingewiesen und ihm geraten, dass die türkischen Herren sich an ihre Verträge halten.

F: Wussten Sie von Hitlers Absichten gegen Russland? Was dachten Sie über diesen Krieg?

A: Der Kriegsbeginn gegen Russland war selbstverständlich eine vollkommene Überraschung für uns. Wir hatten von Truppenmassierungen auf beiden Seiten gehört, aber ich habe selbstverständlich angenommen und gehofft, dass Hitler seinen Pakt mit Russland halten werde und dass er diesen Krieg nicht beginnen werde. Ich habe den Beginn des Krieges gegen Russland vom Gesichtspunkt sowohl der deutschen wie der europäischen Interessen als ein Verbrechen betrachtet.

F: Haben Sie, nachdem Sie im Herbst 1943 von einem Besuch in Deutschland zurückgekehrt waren, Ihre Bemühungen für den Frieden noch weiter fortgesetzt?

A: Im Herbst 1943 nach Stalingrad, war es klar geworden, dass man einen Frieden nicht herstellen konnte mit der Hitler-Regierung. Darüber ist zwischen mir und meinen Freunden, auch mit ausländischen Freunden sehr viel gesprochen worden. Im Herbst 1943 wurde ich in den sogenannten Beck-Plan eingeweiht, von dem hier die Rede gewesen ist durch den Zeugen Gisevius. Dieser Plan sah damals nicht eine Beseitigung Hitlers durch ein Attentat vor, sondern es bestand die Absicht, sein Hauptquartier durch Truppen zernieren zu lassen und dann Hitler einen Prozess zu machen. Die Gründe dafür lagen auf der Hand. Denn wenn auch viele Generale der Ansicht waren, dass man diesen Krieg ein Ende machen müsste, so scheuten sie sich vor Aktionen

H0377 - 0027

gegen Hitler, weil sie der Ansicht waren, dass Hitler immer noch ein grosses Prestige besitze. Ausserdem bestand die weitere Schwierigkeit, dass, wenn man Hitler beseitigt hatte, man ja nicht wusste, was die Alliierten mit uns tun würden.

VORSITZENDER: (unterbrechend) Das Gericht ist der Meinung, dass man all das etwas kürzer behandeln könne, Dr. Kubuschok.

ZEUGE: (fortsetzend) Ich habe all dies erwogen, ich habe versucht zu erfahren, was die Alliierten mit Deutschland machen würden in einem solchen Falle und habe mich dieserhalb an dem damaligen Gesandten, den amerikanischen Gesandten E a r l gewandt, der darüber auch in der Presse berichtet hat.

DR. KUBUSCHOK: Ich verweise auf Dokument 93, Seite 214. Es ist dort enthalten der Fragebogen des Freiherrn von Lersner, den ich selbst als Zeuge vor Gericht stellenwollte, der aber wegen Verkehrsschwierigkeiten nicht hierher kommen konnte. Auf Seite 214 ist die Antwort auf Frage 7:

"Meine Aktionen zur Vermittlung von Friedensverhandlungen beruhten stets auf meiner eigenen Initiative und erstreckten sich auf den Versuch der Vermittlung des allgemeinen Weltfriedens zwischen allen kriegführenden Staaten. Vor allen Friedensschritten habe ich mich mit dem Botschafter von Papen eingehend ins Benehmen gesetzt und bin von ihm immer mit Verve in weitgehendstem Masse unterstützt worden, trotzdem jeder Friedensschritt ihm verboten und für ihn mindestens ebenso lebensgefährlich war, wie für mich.

Er hat mich auch mit einer Reihe von Ausländern vor allem mit dem Apostolischen Delegierten zu Instanbul, Erzbischof Roncalli, zusammengebracht.

Als ich 1942 den Entschluss fasste, in den Vatikan zu fahren, hat Botschafter von Papen mir nicht nur dringend zu der Reise geraten, sondern er hat mir persönlich alle notwendigen Papiere und Pässe nach Rom verschafft, wo ich trotz speziellem, ausdrücklichem Verbot der Reichsregierung dem Kardinalstaatssekretär, Kardinal Maglione, und dem dipolomatischen Direktor der Kurie, Bischof Montini, eine Weltfriedensaktion des Papstes Pius XII. bei allen kriegführenden Mächten vorschlug.

H0377 - 0028

Als sich mir im April 1944 die Gelegenheit bot, mit dem Freunde des mir seit langem persönlich bekannten Präsidenten Roosevelt, dem früheren amerikanischen Gesandten in Wien und Sofia, George EARL in Verbindung zu treten, hat Papen mir wiederum in jeder Weise geholfen. Er hat es sogar auf sich genommen --

VORSITZENDER: (Unterbrechend) Dies sind Einzelheiten. Genügt es nicht zu sagen, dass der Angeklagte erklärt, dass er in jeder Weise bestrebt war Frieden zu machen? Wenn es Ihnen beliebt, können Sie dann auf irgendwelche Verhöre oder Affidavits verweisen, welche das bestätigen, was der Angeklagte sagt.

DR. KUBUSCHOK: Gut. Ich verzichte dann auf die weitere Verlesung dieser Antwort auf Frage 7, verweise dann weiterhin auf Dokument 94, Seite 217, ein Brief des Zeugen Lersner an Mr. Patrik. In dem Brief nimmt er darauf Bezug, dass bereits im Jahre 1939 die Absicht des Angeklagten von Papen bestand, von Lersner nach der Türkei zu bringen, damit er auf Grund seiner internationalen Beziehungen für den Frieden wirken könnte. Er schildert die Schwierigkeiten gegen diesen Plan, der dann aber doch von Papen durchgeführt worden ist. In dem Brief sind auch weitere Friedensbemühungen bei Admiral von Horthy und König Boris von Bulgarien erwähnt. Ganz kurz möchte ich den vom Zeugen Gisevius aufgeworfenen Fragenkomplex dokumentarisch erhärten. Ich will den Beweis dafür führen, dass Papen in den Kreisen der Verschwörer des 20. Juli keineswegs ungünstig aufgenommen worden ist, dass man ihm im Gegenteil das Amt eines Aussenministers zugedacht hatte. Ich verweise auf die eidesstattliche Versicherung des Grafen Bismarck, Dokument Nr. 90, Seite 201 (Graf Bismarck ist im Zuge der Ereignisse des 20. Juli in ein Konzentrationslager gebracht worden - das zur Charakterisierung des Zeugen). Im Dokument 90 weist Bismarck darauf hin, dass Papen sich für den Fall einer Regierungsänderung zur Verfügung gestellt hätte. Es ist ein Nachrichtendienst über den im auswärtigen Amt tätig gewesenen Herrn von Trott verabredet worden. Trott ist im Zuge der Ereignisse des 20. Juli zum Tode verurteilt worden.

Ich verweise letztlich auf das Dokument 89, Seite 199, ein Brief

H0377 - 0029

von Feil an den Sohn des Zeugen Papen. Dort weist Feil darauf hin, dass der Attentäter des 20. Juli Oberst Graf von Stauffenberg war, und in dem der Angeklagte als späterer Aussenminister in Aussicht genommen wurde. Die Vorlesung dieses Briefes ist bereits durch das Gericht zugelassen.

Wie war Ihre Stellung, Herr Zeuge, während Ihrer türkischen Zeit zur Partei?

A: Meine Stellung zur Partei war ausserordentlich schlecht. Ich habe einen jahrelangen Kampf mit dem Landesgruppenleiter der Partei in der Türkei geführt. Dieser Mann hat gegenüber meinem Botschaftsbeamten geäussert, "Herr von Papen gehört in ein Konzentrationslager oder er muss erschossen werden." Ich habe einen langen Kampf um die Beseitigung dieses Mannes führen müssen.

F: Was haben Sie während dieser Zeit in kirchlichen Dingen getan?

A: Ich habe während des Krieges alles in meinen Kräften stehende getan, um einer Verschärfung des Kampfes gegen die Kirche entgegenzuarbeiten, das heisst, ich habe alle diese Institutionen in der Türkei unter meinen persönlichen Schutz genommen.

F: Ich verweise nun dabei auf Dokument 53, Seite 141, Dokument 51, Seite 138.

Was haben Sie in der Judenfrage während Ihrer türkischen Zeit getan?

A: Ich habe mich allen Massnahmen der deutschen Reichsregierung gegen deutsche Juden widersetzt. Es hat ein langer Parteiprozess stattgefunden, weil deutsche Angehörtige, Mitglieder meiner Botschaft einen jüdischen Arzt konsultiert hatten. Ich habe diese meine Beamten gegen diesen Vorwurf verteidigt und ich habe mich geweigert, den in der Türkei befindlichen deutschen Juden die Pässe zu entziehen und sie der Reichsbürgerschaft zu entkleiden.

F: Ich verweise auf Dokument 95, Seite 227, der beantwortete Fragebogen von Professor Martionini. Er befasst sich in Frage 4, 5, und 6 mit diesem Problem. In der Antwort auf Frage 6 ist der letzte Absatz sehr bemerkenswert und andererseits ist er von dem Zeugen Papen noch nicht erwähnt worden, sodass ich ihn zitieren möchte. Seite 229

H0377 - 0030

letzter Absatz der Antwort auf Frage 6: "Besonders deutlich habe ich eine Aktion aus dem Frühling 1944 in Erinnerung, bei der ich auf Ersuchen des Herrn Barlos, des Flüchtlingskomitees der Jewish angency Herrn von Papen aufsuchte, um ihn um seine Mitwirkung bei der Errettung von 10 000 Juden in Frankreich vor der Verschleppung nach Polen zum Zwecke der Vernichtung zu bitten. Diese Juden hatten früher die türkische Nationalität besessen, diese dann aber aufgegeben. Herr von Papen entsprach meiner Bitte und durch sein Eintreten wurde das Leben dieser Juden gerettet, was ich kurze Zeit später durch Herrn Barlos selbst erfuhr." Ich setzte die Verlesung fort:

"Einzelheiten dieser Aktion, über die auch die Herren Steinhardt, damaliger Botschafter der Vereinigten Staaten in Ankara, und Nunan Menemencioglo, damaliger Aussenminister der Türkei, unterrichtet waren, könnten bei Herrn Barlos angefragt werden."

VORSITZENDER: Das Gericht will nun Ihnen dartun, dass Sie schon viel längere Zeit in Anspruch genommen haben, als Sie vorher angegeben hatten.

DR. KUBUSCHOK: Ich bin in wenigen Minuten fertig.

F: Ich stelle die letzte Frage an den Zeugen: Als die Türkei die Beziehungen zu Deutschland am 2. August 1944 abbrach, kehrten Sie nach Deutschland zurück? Warum blieben Sie nicht in der Türkei und trennten sich nicht endgültig von Deutschland?

A: Ich kann feststellen, dass am Tage des Abbruches der Beziehungen zwischen der Türkei und Deutschland der englische Premierminister Churchill im Unterhaus das Folgende gesagt hat: "Der Abbruch der Beziehungen der Türkei zu Deutschland wird viele Folgen haben unter anderem auch für Herrn von Papen. Am 30. Juni ist er dem Blutbad entronnen. Dieses Mal wird es ihm nicht gelingen."

Infolgedessen sind an mich von alliierter Seite Aufforderungen gerichtet worden, in der Türkei zu bleiben. Ich habe das abgelehnt. Ich habe gesagt, ich gehe nach Deutschland zurück, wo ich hingehöre. Ich gehe nicht in die Emigration, denn vielleicht ist es immer noch möglich, dass ich irgendetwas für mein Vaterland tun kann. So bin ich nach Deutschland zurückgekehrt. Als ich dort angekommen war, ha-

H0377 – 0031

be ich festgestellt, dass infolge der Terrormethoden, ausgelöst durch den 20. Juli, keine Möglichkeit bestand, irgendetwas zu tun. Man hat mir für den Rst der Zeit einen Posten der Gestapo vor meine Türe gesetzt.

F: Ich verweise auf Dokument 95, Seite 226, dem schon erwähnten Fragebogen des Professors Martioni. Ich verweise auf die Antwort zu Frage 3 und möchte nur ganz kurz die letzte Hälfte dieser Antwort, die sich mit dem soeben von Zeugen erörterten Problem beschäftigt, zitieren. "Die letzte diesbezügliche Unterredung fand am 2. August 1944 statt, am Tage vor seiner endgültigen Abreise aus Ankara nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei.

Auf meinen Rat, die Türkei nicht zu verlassen, sondern von hier aus einen Aufruf an das deutsche Volk und die deutsche Armee zu richten, Hitler zu stürzen und den sinnlosen Krieg sofort einzustellen, antwortete Papen dem Sinne nach folgendes: "Ich habe aus der Geschichte gelernt, dass man eine Diktatur nicht aus der Emigration beseitigen kann. Man muss in das Land selbst gehen, um dort das Regime wirksam zu bekämpfen. Ich habe mich deshalb entschlossen, nach Deutschland zurückzukehren und dort den Kampf gegen das Hitlerregime zu führen und damit das Kriegsende schnell herbeizuführen."

H0377 - 0032

Dr. Kubuschok: Ich bin am Ende meiner Vernehmung des Zeugen von Papen.

Vorsitzender: Hat irgendein anderes Mitglied der Verteidigungsanwaelte Fragen vorzulegen ?

Dr. v. Luedinghausen (fuer den Angeklagten v. Neurath):

F: Herr von Papen, ich moechte einige Fragen an Sie richten mit Erlaubnis des Gerichts.

Seit wann kennen Sie Herrn von Neurath ?

A: Seit 1932.

F: Ist es richtig, dass es der ausdrueckliche Wunsch des damaligen Reichspraesidenten von Hindenburg war, dass Herr von Neurath als Reichsaussenminister von Ihnen in Ihre Regierung, die Sie damals 1932 bildeten, gerufen wurde ?

A: Jawohl, das ist vollkommen zutreffend.

F: War Ihnen bekannt oder wussten Sie aus der fruecheren Taetigkeit des Herrn von Neurath auf seinen verschiedenen Botschafterplaetzen, besonders aber auf dem letzten in London, dass Herr von Neurath ein unbedingter Anhaenger und passionierter Verfechter einer Friedenspolitk war ?

A: Das war mir und allen Menschen in Deutschland bekannt.

F: Und Sie selbst billigten es auch ?

Vorsitzender: Herr von Luedinghausen, Sie fragen etwas zu schnell.

Dr. v. Luedinghausen: Und Sie selbst billigten auch diese Friedenspolitik ?

A: Natuerlich habe ich diese Politik gebilligt, denn sonst haetten wir uns ja nicht in diesem Kabinett zu gemeinsamer Arbeit zusammengefunden.

F: Hat Herr von Neurath ein paar Monate spaeter bei Verhandlungen irgendwie mitgewirkt, die zur Uebertragung der Reichskanzlerschaft an Hitler fuehrten ?

A: In keiner Weise.

F: Ist Ihnen aber bekannt, dass der Reichspraesident von Hindenburg damals ausdruecklich die Bedingung stellte, dass Herr von Neurath als Reichsaussenminister auch in der neuen Regierung Hitlers verbleibe ?

A: Ich habe hier schon erwaehnt, dass dies eine ausdrueckliche Bedingung Hindenburgs war.

F: Und wie stellte sich im Prinzip Hitler dazu, hat er das nur angenommen oder acceptiert, um ueberhaupt die Regierung bilden zu koennen oder hat er die Wahl Hindenburgs gebilligt ?

A: Ich glaube, dass Hitler mit der Wahl von Neuraths zum Aussenminister durchaus

H0377 - 0033

einverstanden war.

F: Haben Sie selbst mal mit Hitler darueber gesprochen ?

A: Ja, haeufig . Und ich habe von Hitler erfahren, dass er von der Person und Umsicht des Herrn von Neurath grosse Stuecke hielt.

F: Und haben Sie mit von Neurath selbst darueber gesprochen ?

A: Jawohl.

F: Hat er sich leicht dazu entschlossen, dieses Kabinett zu bilden, und ich moechte glauben, dass dieselben inneren Vorbehalte, die ich damals gehabt habe, auch Herr von Neurath gehabt hat.

F: Welches waren denn nun nach Ihrer Kenntnis, soweit Sie sie aus Aeusserungen von Hitler entnehmen konnten, damals die aussenpolitischen Ziele und Bestrebungen Hitlers?

A: Die aussenpolitischen Ziele Hitlers damals waren sehr eng begrenzt: Beseitigung der Diskrimination auf friedlichem Wege und Staerkung der deutschen Stellung in der Welt.

F: Haben Sie ueberhaupt bis zum Ende 1937 von Hitler jemals irgendwelche Aeusserungen gehoert, die darauf schliessen lassen, dass er auch Waffengewalt anzuwenden entschlossen waere, falls seine friedlichen Bemuehungen nicht zum Ziele fuehrten ?

A: Ich habe niemals von solchen Absichten Hitlers gehoert.

F: Und dann wird immer behauptet, man haette in den fuehrenden Parteikreisen derartige blutige Absichten geaeussert ?

A: Es ist mir niemals bekannt geworden, dass in der Partei, auch von den radikalsten Nationalsozialisten, irgendjemand von der Idee eines Krieges gesprochen haette.

F: Sie waren also resume durchaus mit den von Neurath beabsichtigten und vertretenen Friedenszielen der Politik einverstanden ?

A: Durchaus.

F: Nun wird doch Herrn von Neurath zum Vorwurf gemacht, dass er die Wiederaufruestung Deutschlands mitgemacht habe. Was war der Grund und das Motiv Hitlers fuer diese Wiederaufruestung, die ja wohl schon vor der eigentlichen Uebernahme der Wehrhoheit begann ?

A: Ich habe gestern ausgefuehrt, dass die eigentliche Aufruestung erst begonnen hat nach meinem Ruecktritt aus dem Kabinett. Aber soweit ich unterrichtet bin, herrschte bei allen meinen frueheren Kollegen die Ansicht vor, dass eine Aufruestung lediglich zu dem Zwecke geschehen solle, um Deutschland einen defensiven

H0377 - 0034

Schutz seiner Grenzen zu ermoeglichem.

F: Nun komme ich zu dem problem Oesterreichs. Kennen Sie die Stellungnahme des Herrn von Neurath zu dem oesterreichischen Problem ?

A: Die Stellung des Herrn von Neurath zum oesterreichischen Problem war die gleiche wie meine Stellungnahme. Er hat, wie ich selbst, im Kabinett staendig protestiert gegen die von der Partei inszenierten Terrormassnahmen waehrend der Jahre 1933/34.

F: Unterstanden Sie sälbst, als Sie seiner Zeit von Hitler in ausserordentlicher Mission nach Wien gesandt wurden, Herrn von Neurath und erhielten von diesem Ihre Weisungen oder nur von Hitler ?

A: Ich habe Herrn von Neurath nicht unterstanden, sondern hatte gebeten, dass ich unmittelbar Hitler unterstellt warde. Aber ich habe selbstverstaendlich Herrn von Neurath und das Auswaertige Amt ueber jeden meiner Schritte unterrichtet, wie das sich ja auch aus den Dokumenten, die hier vorgelegt worden sind, ergibt.

F: Wie war nun die Einstellung des Herrn von Neurath zu den Verhandlungen im Sommer 1936. die zu dem Vertrage vom 11. Juli zwischen Deutschland und Oesterreich fuehrten ?

A: Herr von Neurath war genau der gleichen Auffassung wie ich, dass dieser Vertrag der endgueltigen Befriedung der beiden Brudervoelker dienen solle und muesse.

F: Hat er auch in diesem Sinne auf Hitler eingewirkt ?

A: Mir ist es nicht bekannt, aber ich nehme es durchaus an.

F: Und dass er es mit diesem Vertrag ehrlich und aufrichtig gemeint hat? Was ist Ihre Ansicht ? Ich bemerke hierzu, dass die Anklage naemlich behauptet und Herrn von Neurath vorwirft, dass dieser Vertrag in betruegerischer Absicht geschlossen worden sein soll.

A: Ich habe daruber gestern ausfuehrlich gesprochen und dagegen protestiert, dass die Anklage uns eine betruegerische Absicht unterschiebt. Herr von Neurath hat ebenso wenig solche Absicht gehabt wie ich selbst.

F: Und noch zwei kurze Fragen. Ist Ihnen bekannt, welche Einstellung Herr von Neurath zu dem Austritt Deutschland aus dem Voelkerbund und aus der Abruestungskonferenz im Jahre 1933 hatte ?

A: Ja, das ist mir sehr genau bekannt. Herr von Neurath war der Auffassung, dass es geboten sei, aus der Abruestungskonferenz auszutreten. Er war aber, gleich mir, der Auffassung, dass es ein Fehler sei, aus dem Voelkerbund auszutreten. Mit sei-

H0377 - 0035

nem Einverstaendnis bin ich damals, wie ich gestern dem Gericht vorgetragen habe, zu Hitler nach Muenchen gereist, um ihn zu ueberreden, nicht aus dem Voelkerbund auszutreten.

Dr. v. Luedinghausen: Ich habe keine weitere Frage mehr, Herr Praesident.

Dr. Seidl: Ich bitte, mit Genehmigung des Gerichts, in Vertretung des abwesenden Kollegen Dr.Stahmer eine Frage fuer den Angeklagten Goering stellen zu duerfen.

F: Herr Zeuge, Sie haben heute vormittag erklaert, dass Sie im Zusammenhang mit der Ermordung Ihres Freundes Ketteler sich im Jahre 1938 an Goering gewandt haetten, weil diesem die Geheime Staatspolizei unterstanden habe. Ist es nicht eine Tatsache und ist Ihnen nicht diese Tatsache bekannt gewesen, dass spaetestens vo Jahre 1936 ab die Geheime Staatspolizei ausschliesslich Himmler unterstand und dass sie formell dem Richsinnenminister unterstellt war ?

A: Es ist moeglich, dass ich durch meine vierjaehrige Abwesenheit von Deutschland, in Oesterreich, das nicht gewusst habe. Es ist ja hier festgestellt worden. Ich hatte jedenfalls das Gefuehl, als ich mich an Goering wandte, dass er imstand sei, mich gegen die Gestapo zu verteidigen und, nachdem es Hitler abgelehnt hatte mich in dieser Angelegenheit zu sprechen, war es nur natuerlich, dass ich an ihn a den zweiten Mann in Deutschland mich wandte.

Dr. Seidl: Ich habe keine weitere Frage mehr.

Vorsitzender: Will die Anklagebehoerde den Zeugen im Kreuzverhoer vernehmen ? Si David, wuerden Sie vorziehen, nach der Pause zu beginnen ?

Sir David Maxwell-Fyfe: Herr Vorsitzender, ich dachte, dass ich bis dahin die Dokumente zusammengestellt haette und es waere vielleicht bequemer fuer den Gerichthof.

Vorsitzender: Wir werden dann um 13.55 Uhr wieder zusammentreten.

Sir David Maxwell-Fyfe: Ich danke vielmals, Herr Vorsitzender.

(Daraufhin sich das Gericht bis auf 13.55 Uhr des gleichen Tages vertagt.)

5 93

NACHMITTAGS - SITZUNG.

Die Verhandlung beginnt 13.55 Uhr. 18. Juni 1946.

KREUZVERHOER DURCH SIR DAVID MAXWELL-FYFE:

F: Angeklagter, wissen Sie, dass Sie waehrend Ihres Verhoers am 19. September des letzten Jahres gesagt haben, dass Ihr gegenwaertiger Standpunkt der sei, dass Hitler der groesste Verbrecher gewesen sei, den Sie je in Ihrem Leben gesehen haetten?

A: Das trifft durchaus zu. Das ist die Ansicht, die ich mir geformt habe, nachdem ich hier von all den Verbrechen erfahren habe.

F: Das war am 19. September 1945. Ihre naechste Antwort interessiert mich weitaus mehr. War das nicht, als man Ihnen die Frage stellte, wann Sie zu der Ansicht kamen, dass Hitler der groesste Verbrecher sei, den Sie je in Ihrem Leben gesehen haetten? "Lediglich nachdem ich die Tatsachen kennenlernte, nach denen er den Krieg anfing." Erinnern Sie sich daran, dass Sie das sagten?

A: Ja.

F: Hat es nicht ziemlich lange gedauert, bis diese wohl offensichtliche Tatsache Ihnen zur Kenntnis kam nach Ihrer engen Zusammenarbeit mit Hitler.

A: Meine Ansicht ueber Hitler, seine innenpolitische Bedeutung, war mir nach dem 30. Juni 1934 vollkommen klar; aber ich habe wie alle anderen Menschen annehmen duerfen, dass er wenigstens auf dem aussenpolitischen Gebiet vernuenftig sein wuerde und dieser Ansicht bin ich gewesen, bis nach dem Muenchner Agreement.

F: Dann wollen wir doch einmal nachpruefen ob Sie nicht Gelegenheit hatten zu diesem Standpunkt frueher schon zu kommen; als Sie im Jahre 1932 der Reichskanzler waren, mussten Sie sich doch mit den Persoenlichkeiten und Zwecken und Methoden der nationalsozialistischen Partei vertraut machen. Nicht wahr?

A: Jawohl.

F: Und das haben Sie dann auch getan, nicht wahr?

A: Jawohl.

F: Wissen Sie noch und ich will keine Zeit verschwenden, das Dokument zur Hand zu nehmen, aber Sie duerfen mir glauben, dass ich Ihnen genau zitiere, dass am 16. November 1932 Hitler Ihnen einen Brief geschrieben hat und sagte: "Sie muessen meine Einstellung und die Einstellung meiner Partei kennen."

A: Natuerlich wusste ich welche Ziele seine Partei verfolgte; aber ich darf

H0377 - 0036

H0377 - 0037

hinzufuegen, wenn eine Partei in eine Koalition mit einer anderen Partei tritt, dann hat sie von ihrem Programm sehr viel abzuziehen und ein Koalitions-Programm anzunehmen und das war, was Hitler am 30. Januar getan hat.

F: Ja, aber bevor wir zum 30. Januar kommen, will ich Sie fragen, welchen Standpunkt Sie im Jahre 1932 hatten. Sie hatten im Jahre 1932 wenig Zweifel waehrend Ihrer Kanzlerschaft, dass wenn Hitler die Macht uebernahm, Deutschland, in Gefahr war mit brutalen und unverfassungsmaessigen Methoden regiert zu werden, wenn Hitler ans Ruder kam?

A: Zweifellos war das Programm der Nationalsozialisten in dieser Beziehung revolutionaer, aber ich habe ja dem Gericht ausfuehrlich dargelegt, dass, als wir zu dieser Zwangsloesung des 30. Januar schritten, wir eine Reihe von Sicherheiten einbauen und ein gemeinsames Koalitions-Programm entwarfen, das nach unserer Ansicht die von Ihnen erwaehnten Gefahrenpunkte ausschloss.

F: Der Praesident von Hindenburg war sehr stark der Ansicht, um die Mitte des Jahres 1932, dass es hoechst gefaehrlich sein wuerde, Hitler die Macht in die Hand zu geben, nicht wahr?

A: Ja, er war durchaus dieser Ansicht, dass Hitler in seinen Machtbeschraenkungen kontrolliert werden muesse.

F: Ich will Ihnen nur einen Satz vorlesen und zwar von der eidesstattlichen Versicherung des Herrn Meissner, die das Gericht im Dokumentenbuch 11a findet und zwar auf Seite 43. Dies ist GB 495, ist die Nr. 3309 PS. Das war im August 1932. Herr Meissner sagte: "Hindenburg erklaerte, dass er wegen der gespannten Lage nicht mit gutem Gewissen das Risiko uebernehmen koennte, die Macht der Regierung an eine neue Partei, wie die nationalsozialistische, zu uebertragen, die keine Mehrheit hatte und die intolerant, laut und undiszipliniert war."

Das ist eine sehr gemaessigte Erklaerung des Reichspraesidenten um diese Zeit, nicht wahr?

A: Jawohl.

F: Und Sie wussten doch, Angeklagter -- ich spreche jetzt nicht ueber die Koalition, ich spreche ueber die Nationalsozialisten, wenn sie zur Macht kamen -- es war Ihnen klar, dass diese wenig Skrupel hatten und kurze Arbeit machen wuerden mit ihren politischen Gegnern. Ist das nicht so?

A: Das kann man garnicht sagen. Es ist im politischen Leben so, dass eine radikale Partei, ueberhaupt eine Partei, aber besonders die radikale Partei,

H0377 - 0038

wenn sie zur Macht kommt und verantwortlich ist, sehr vieles in ihrem Programm abschreiben muss. Das haben wir beispielsweise bei den sozialen Parteien aller Laender gesehen.

F: Stimmt es, wie der Angeklagte Goering unter Eid aussagt, dass er Ihnen 1932 erzaehlt hatte, dass was auch die Nazis tun wuerden, Hitler wuerde niemals der zweite Mann in Deutschland werden, dass er gegen jede politische Organisation sei, die ihm nicht den ersten Platz geben wuerde? Ist das korrekt?

A: Ja, das hat mir Hitler ja immer selbst erklaert.

F: Aus diesem Grunde wussten Sie doch ganz genau, dass Hitler und seine Komplizen volle Gelegenheit suchten, ihr Programm und ihre Absicht in die Tat umzusetzen, das wussten Sie doch?

A: Nein, das wusste ich nicht. Das ist eine Feststellung, die Sie treffen, die keineswegs den damaligen Verhaeltnissen entspricht. Sie brauchen ja nur das Regierungsprogramm, unsere Koalition vom 1. Februar, zu lesen.

F: Angeklagter, haben Siekeine Bedenken, dass ich nicht auf die Zeit Ihrer Koalition vom 30. Januar zu sprechen komme. Jetzt im Augenblick will ich an Sie nur ein oder zwei Fragen stellen ueber Ihre Ansicht ueber Hitler und ueber Hindenburg's Ansicht ueber Hitler im Jahre 1932.

Wir wollen die Sache schnell aber verstaendlich erledigen. Ich frage Sie nochmals ueber das Jahr 1932 und die Frage, die ich Ihnen vorlegte war, wussten Sie damals nicht, dass, wenn Hitler und seine Komplizen zur Macht kaemen, diese nur damit zufrieden waren, wenn sie die volle Gelegenheit hatten, ihr Programm und ihre Absicht in die Tat umzusetzen?

A: Nein, das wusste ich nicht; denn sonst haette ich ja nicht den Versuch unternommen, 1933 sie in ein gemeinsames Koalitionsprogramm hineinzubringen.

F: Ich denke Sie erzaehlten uns und ich will dieses klarstellen, dass Ihre Ansichten betreffs dessen, was Deutschland brauchte in der zweiten Haelfte des Jahres 1932, waren ein Nachlassen der politischen Differenzen und des inneren Streites und eine Ausrichtung der Verhaeltnisse zu den Westmaechten, um die Versailler-Forderungen etwas tragbarer zu machen. Ich versuche Ihre Ansicht kurz darzustellen. Ist das richtig?

A: Jawohl.

F: Ich glaube, Ihr erster Schritt war, dass Sie Hitler aufforderten, Vize-

H0377 – 0039

kanzler in Ihrer Regierung im August 1932 zu werden, ist das richtig?

A: Ganz recht, jawohl.

F: Hitler wies dies ab und auch eine aehnliche Wiederholung Ihres Angebotes im November 1932 wies er ebenfalls a[illegible] nicht wahr?

A: Jawohl.

F: Um jetzt Zeit zu sparen, moechte ich nun sehen, ob Herr Meissner die Situation richtig beschreibt in dem Paragraph 6 und 7 seiner eidesstattlichen Versicherung. Ich will das fuer Sie zusammenfassen und glauben Sie mir, es wird mich freuen Ihnen irgendetwas vorzulesen, ueber das Sie einen Zweifel haben.

Er sagt folgendermassen dem Sinne nach: Im November 1932 glaubten Sie, dass die allgemeine Lage und die Nazipartei ganz besonders kontrolliert werden koennten, falls der Praesident ihnen die Machtbefugnis gaebe unter Artikel 48 Weisungen zu erteilen, und, falls sie die Reichswehr und die Polizei hinter sich haetten und damals war General Schleicher anderer Ansicht, da er glaubte, dass die Reichswehr nicht imstande war die Ordnung in Deutschland aufrecht zu erhalten. Ist das richtig?

A: Es stimmt insofern nicht, als dieser Vorgang nicht verfassungsmaessig mit irgendeinem Paragraphen zu decken ist, sondern einen Verfassungsbruch darstellt. Sonst ist es richtig.

F: Dass er also ueber-constitutionelle Methoden anwenden musste um die Kontrolle in der Hand zu halten, ist das was Sie meinen?

A: Ja, er hatte mir ja, wie ich hier dargelegt hatte, am 1. Dezember diesen Auftrag erteilt.

F: Ja, aber von Grund auf hat Meissner recht, wenn er sagt, dass Sie den Wunsch hatten, nachdem Sie Hitler in Ihre Regierung nicht bekommen hatten, dass Sie dann den Wunsch hatten durch Verordnungen zu regieren und die Ordnung mit der Reichswehr aufrecht zu erhalten und General von Schleicher sagte, dass es nicht getan werden koenne,

A: Nein, das stimmt nicht. Nachdem der Praesident Hindenburg entschieden hatte, dass er keinen Verfassungsbruch begehen wollte, hat er bekanntlich den General Schleicher zum Reichskanzler ernannt. Herr von Schleicher wollte damals durch die Spaltung der Partei eine Mehrheit schaffen und ich habe diesen Versuch des Herrn von Schleicher selbstverstaendlich unterstuetzt.

H0377 - 0040

F: Damit mir kein Irrtum unterlaeuft, moechte ich Ihnen Meissner's eigene Worte hier vorlegen Absatz 5 auf Seite 44 des Dokumentenbuches IIa. Angeklagter Sie koennen vielleicht mitlesen, falls Sie wollen, damit wir einig gehen. Paragraph 5 von Meissners Erklaerung.

"Papen waere wahrscheinlich von Praesident Hindenburg wieder zum Kanzler ernannt worden, wenn er bereit gewesen waere, den offenen Kampf gegen die Nationalsozialisten aufzunehmen, was die Androhung oder den Gebrauch von Gewalt mit sich gebracht haette; beinahe bis zum Zeitpunkt seines Ruecktritts den Kampf gegen die Nazis mit allen dem Staat zur Verfuegung stehenden Mitteln durchzufuehren und sich auf Artikel 48 der Verfassung zu stuetzen, selbst wenn dies zu einem blutigen Streit fuehren koennte. Aber die anderen Minister waren der Meinung, dass solche Handlung zum Buergerkrieg fuehren wuerde. Die Entscheidung wurde von Schleicher getroffen, der frueher eine energische Aktion gegen die Nationalsozialisten vorgeschlagen hatte, wenn es auch den Einsatz der Polizei und des Heeres bedeuten sollte. Jetzt waehrend der entscheidenden Kabinettssitzung liess er den Gedanken fallen und erklaerte sich fuer eine Verstaendigung mit Hitler bereit."

Stimmt Das?

A: Zum Teil stimmt es und zum Teil stimmt es nicht.

F: Dann sagen Sie uns so kurz wie moeglich, worin es nicht stimmt.

A: Meine Wiederernennung zum Reichskanzler durch Hindenburg, wie Herr Meissner sagte, waere moeglich gewesen, wenn ich bereit gewesen waere, einen offenen Kampf gegen die Nationalsozialisten zu fuehren. Das ist historisch voellig falsch; denn ich habe ja am 1. Dezember Hindenburg vorgeschlagen einen Verfassungsbruch zu begehen und damit einen Kampf gegen die Nazi-Partei zu fuehren und Herr von Schleicher hat es contradicted. Das ist die historische Wahrheit.

F: Damit wir es richtig in der Reihenfolge haben, betrachten Sie bitte Paragraph 6 desselben Dokumentes, ungefaehr den 2. Satz, er faengt an:

"Als es klar wurde, dass Hitler nicht bereit war, der Regierung Schleicher's beizutreten und andererseits, dass Schleicher nicht in der Lage war, die nationalsozialistische Partei zu spalten, was er mit Hilfe Gregor Strassers zu tun gehofft hatte, wurde die Politik, auf Grund derer Schleicher Kanzler geworden war, schiffbruechig. Schleicher war sich darueber bewusst, dass Hitler

H0377 – 0041

gegen ihn besonders erbittert war und dass er sich nie dazu bereit erklaeren wuerde, mit ihm zusammenzuarbeiten. Deshalb aenderte er jetzt seine Meinung und entschloss sich dazu, gegen die Nazis zu kaempfen, was bedeutete, dass er jetzt eine Politik treiben wollte, der er sich einige Wochen frueher, als Papen sie vorgeschlagen hatte, scharf entgegengesetzt hatte." Ist das richtig?

A: Das ist durchaus richtig.

F: Nun, ich will die Lage ganz genau klarstellen. Sie haben uns erklaert, dass Sie erst zu Hitler gegangen sind und zwar im Monat August. Bevor Sie zu Hitler gingen, hatten Sie schon die Position der SA und SS legalisiert, die durch den Kanzler Bruening fuer illegal erklaert worden war. Sie taten das am 14. Juni, ist das richtig?

A: Ich hatte das Verbot aufgehoben, jawohl, aber nur fuer 4 Wochen.

F: Dachten Sie es war gut, das Verbot gegen die SA und SS aufzuheben, der Terror der Strasse?

A: Ich habe dem Gericht ausfuehrlich erklaert, wieso es zu der Aufhebung dieses Verbots kam. Der Grund war, Hitler und seine Partei zu einer Tolerierung meines Kabinetts zu veranlassen. Und der zweite Grund war, dass die Aufhebung dieser Kampfverbaende einseitig war, wenn man nicht auch gleichzeitig die sozialen und kommunistischen Verbaende verbot.

F: Und am 20. Juli hatten Sie die Braun-Severing Regierung mit Gewalt entfernt und Kontrolle ueber Preussen erlangt, und die preussische Polizei unter Ihre Hand bekommen?

A: So kann man es nicht ausdruecken nein.

F: Nun Sie sind die Braun-Severing Regierung los geworden und hatten die Preussen und die preussische Polizei nunmehr in der Hand, ist das richtig?

A: Ich hatte die preussische Polizei nicht in der Hand. Aber die preussische Polizei wurde von dem Reichskanzler fuer Preussen, den ich eingesetzt hatte, einen sehr gemaessigten Mann, regiert.

F: Unter der Weimarer Verfassung hatten Sie als Kanzler das Recht, alle Linien der breiten Politik zu diktieren und der preussische Kommissar und jeder andere Minister musste diese breite Politik von Ihnen akzeptieren; war das richtig?

A: Nachdem ich einen Kommissar eingesetzt hatte, hatte ich das Recht die generelle Linie der Politik fuer Preussen zu bestimmen.

H0377 - 0042

18. Juni-A-EF-7. Braun.

F: Ich verweise Sie nunmehr auf eine Rede, die Sie gehalten haben und zwar in Essen im November 1933, wo Sie ueber diesen Zeitpunkt sprachen.

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Es ist im Dokumentenbuch 11, Seite 54, und ist Seite 47 im deutschen Dokumentenbuch.

DURCH SIR DAVID MAXWELL FYFE:

F: Koennen Sie sehen mit welchen Worten die Rede eingeleitet wird: "Seitdem die Vorsehung mich dazu berufen hat Pionier der nationalen Wiedergeburt unseres Vaterlandes zu werden, habe ich versucht das Werk der Nationalsozialistischen Bewegung und ihres Fuehrers mit allen meinen Kraeften zu unterstuetzen." Stimmt das ?

A: Absolut, jawohl, das bezieht sich - - -

F: Einen Augenblick, ich fragte nur, ob das stimmt. Wir kommen darauf wieder zurueck.

" Und wie ich damals, als ich die Kanzlerschaft uebernahm. "Das bezieht sich darauf als Sie Kanzler wurden.-"Habe ich mir vorgenommen der Freiheitsbewegung den Weg zur Macht zu ebnen." Waren Ihre Arbeiten, indem Sie der jungen kaempfenden Freiheitsbewegung den Weg zur Macht ebneten, war es dadurch, dass Sie das Verbot gegen die SA aufhoben und indem Sie die gemaessigte Regierung in Preussen absetzten und die Kontrolle ueber die Polizei zentralisierten?

A: Nein, das waere ein sehr schlechter Vergleich gewesen.

F: Wenn Sie das nicht getan haben, dann sagen Sie bitte dem Gericht wie Sie den Weg zur Macht fuer die junge kaempfende Freiheitsbewegung ebneten, wenn Sie es nicht auf diese Weise taten?

A: Ja, ich werde das sehr genau sagen. Das Programm der Nazi-Partei sah eine Befreiung Deutschlands von der Deskrimination vor, die der Versailler-Vertrag uns auferlegt hatte. Ich habe darueber ausfuehrlich gesprochen hier und habe dargestellt welche Muehe ich mir selbst gegeben habe in dieser Beziehung eine Kooperation der Grossmaechte zu erreichen. Wir wollten von einer "Second Rate Nation", wieder eine Grossmacht werden und das war der Sinn.

F: Angeklagter, ich will Sie jetzt nicht unterbrechen und das Gericht will Ihnen jede Moeglichkeit geben zu wiederholen, was Sie zu diesem Punkt sagen; aber ich moechte gerne, dass Sie meine Frage beantworten. Wenn ich unrecht habe, bezueglich der zwei Dinge, die Sie unternahmen um den Weg zu ebnen, dann erzaehlen

H0377 – 0043

18. Juni-A-EF-8. Braun.

Sie uns bitte ganz kurz, was Sie sonst noch unternahmen um den Weg fuer diese kaempfende Freiheitsbewegung zu ebnen? Das ist die Frage. Was haben Sie getan?

A: Ich habe zweimal an Hitler das Angebot gerichtet in meine eigene Regierung einzutreten und als Ende Januar 1933 die Lage keinen anderen Ausweg mehr bot, habe ich die Koalition auf Antrag Hindenburg's mit der Nazi-Partei zusammengebracht.

F: Waren Sie der Ansicht, dass Hitler absolut fuer Deutschland notwendig war?

A: Ich war der Ansicht, dass ein Mann, der im Maerz 1932, d.h. bevor ich an die Regierung kam 36,8 % aller deutschen Stimmen erhalten hatte bei der Praesidentenwahl, dass dieser Mann und seine Partei in die verantwortliche Regierungsarbeit eingeschaltet werden muesste.

F: Aber wenn wir seinen Wahlerfolg ausseracht lassen, glauben Sie, dass Hitler auf Grund seiner Persoenlichkeit und seines Programms damals fuer Deutschland eine Notwendigkeit war?

A: Ich wuesste nicht, wie man mit einer Partei, die 36,8 % aller deutschen Stimmen kontrolliert auf polizeilichem Wege fertig werden wuerde.

H0377 - 0044

F: Dann verweise ich Sie auf Ihre eigenen Worte im naechsten Paragraphen des gleichen Briefes. Sie scheinen sich nicht nur auf den Wahlerfolg zu beziehen: "Der Herrgott hat Deutschland damit beglueckt, indem er ihn in Zeiten grosser Bedraengnis einen Fuehrer gab, der es durch alle Faehrnisse und Schwaechen fuehren wird, durch alle Krisen und Augenblicke der Gefahr, mit dem sicheren Instinkt eines Staatsmannes in eine gluckliche Zukunft."
Das war, wir wollten nicht sagen, extravagant, aber eine ziemlich starke Ausdrucksweise fuer einen ehemaligen Kavallerieoffizier, dass man so ueber eine politische Person spricht, wenn man nicht denkt oder nicht haben will, dass andere Leute denken, dass er fest an ihn glaubte. Meinen Sie wirklich, was Sie hier sagen?

A: Dazu darf ich folgendes sagen: Nachdem ich die Koalation mit Hitler gemacht hatte, war ich ueberzeugt, dasser diesen Pakt der Koalation halten werde und oft und wiederholt, nicht nur in dieser Rede, habe ich mich damals zu Hitler bekannt und zu dem gemeinsamen Programm und, weshalb ich gerade in dieser Rede fuer ihn eingetreten bin, das habe ich bereits dem Gericht gesagt; denn hier handelte es sich festzustellen und zwar vor der ganzen Welt festzustellen, dass das feierliche Bekenntnis Hitler's zum Frieden ein ernstgemeintes Bekenntnis war, das wir alle unterstrichen.

F: Nun, ich will keine Zeit weiter damit verschwenden. Verstehen Sie das, was ich Ihnen zu sagen versuche: Während der frueheren Monate Ihrer Kanzlerschaft unternahmen Sie und versuchten Hitler zu sich in die Regierung zu bekommen. Als er das zweite Mal dieses abwies, dann wollten Sie wie Meissner sagte, Gewalt gegen ihn anwenden. Schleicher wollte das nicht und Sie traten zurueck. Als Schleicher dann in das Amt ging und in Schwierigkeiten geriet, kamen Sie wieder auf Hitler zurueck und das ist, was ich Ihnen vorhalte und es war doch auf Ihr Gesuch oder nicht, dass Sie und Hitler eine Besprechung im Hause von Kurt v. Schroeder am 4. Januar 1933 hatten?

A: Nein, das ist eine voellig falsche Auffassung. Leider hat das Gericht nicht erlaubt, dass ich ueber diese Zusammenkunft am 4. Januar mich ausdruecklich geaeussert habe.

F: Sind Sie anderer Ansicht, als v. Schroeder, der behauptet, dass die Zusammenkunft auf Ihre Veranlassung hin stattgefunden hat?

A: Ja, ich bin durchaus anderer Ansicht. Diese Zusammenkunft hat stattgefunden auf den Wunsch von Hitler.

H0377-0045

VORSITZENDER: Sir David, wollen Sie ihn bitte auffordern, etwas ueber die Zusammenkunft zu berichten vom 4. Januar?

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Ja, gewiss. Ich werde mich damit befassen.

DURCH SIR DAVID MAXWELL FYFE: F: Und nun, Angeklagter, wollen Sie behaupten, dass Hitler diese Zusammenkunft wuenschte? Ich sage, dass v. Schroeder, der ja der Mittelsmann war, behauptet, dass Sie diese Zusammenkunft wuenschten. Sind Sie anderer Ansicht?

A: Ja, ich bin voellig anderer Ansicht, weil es nicht den Tatsachen entspricht, was Herr v. Schroeder behauptet. Herr v. Schroeder - -

F: Wollen Sie bitte dann dem Gericht selbst beschreiben, wer diese Zusammenkunft angeordnet hat?

DR. KUBUSCHOK: Ich widerspreche der Verwendung des Affidavits Schroeder. Bei der Beweiserhebung der Anklage sollte das Dokument vorgelegt werden. Ich verlangte Beibringung des Zeugen, da er sich in der Nahe befindet. Das Gericht stellte der Anklagebehoerde anheim, den Zeugen zu stellen. Jetzt soll im Wege des Kreuzverhoers das Affidavit verwendet werden. Ich glaube, das geht nicht, da insoweit die Entscheidung des Gerichtes durchkreuzt wuerde. Das Gericht hatte entschieden: Verwendung mit dem Zeugen. Jetzt wuerde es ohne den Zeugen verwendet werden.

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Herr Vorsitzender, es stimmt schon. Ich moechte hiermit erklaeren, dass es etwas anderes ist, es im Kreuzverhoer zu verwenden, wenn Dr. Kubuschok als Teil seiner eigenen Beweisfuehrung Beweismittel von dem Schulthess-Kalender der europaeischen Geschichte vorgelegt hat. Den Bericht dieser Zusammenkunft werden Sie in Band I, Seite 27 des Dokumentenbuches finden. Wenn Beweismittel dieser Art in ein Dokumentenbuch eingefuegt sind, dann darf ich wohl das Recht haben, dagegen anzukaempfen im Kreuzverhoer und zwar auf Grund des Affidavits des v. Schroeder. Ja, es tut mir leid, ich haette weitergehen sollen. Mein Freund hat eine aktuelle Erklaerung des Freiherrn v. Schroeder eingereicht. Das steht auf Seite 26 des Dokumentenbuches Band I. Er sagt, dass zur gleichen Zeit Freiherr v. Schroeder folgende Erklaerung abgegeben hat, um die falschen Pressemeldungen zu widerlegen:

"Die Intiative, eine Aussprache zwischen dem ehemaligen Reichskanzler v. Papen als dem Repraesentanten weitester nationalkonservativer Kreise und Herrn Hitler als dem alleinigen Fuehrer der nationalsozialistischen Bewegung herbeizufuehren,

H0377 - 0046

ist einzig und allein von mir persoenlich ausgegangen."

Ich daechte, wenn eine Erklaerung von v. Schroeder angeboten worden ist, habe ich das Recht dagegen mit einer anderen Erklaerung Schroeder's aufzutreten.

DR. KUBUSCHOK: Darf ich dazu etwas bemerken, Herr Praesident? Es sind zwei ganz verschiedene Dinge. Sir David weist auf ein Dokument hin, das ich aus dem Schultheissischen Geschichtskalender vorgebracht habe. Das ist ein gemeinsames Communique von v. Papen und Schroeder, das damals in den Zeitungen veroeffentlicht worden ist. Ich beanstande jedoch ein Affidavit des Zeugen Schroeder und habe damals darauf hingewiesen und die Anklage hat mir damals darin Recht gegeben, dass Schroeder im Rahmen der vorliegenden Anklage eine suspekte Persoenlichkeit ist und, dass er selber an den Dingen so interessiert sei, dass eine Produzierung eines Affidavits nur dann moeglich ist, wenn wir die Gelegenheit haben, Herrn v. Schroeder die entsprechenden Vorhaltungen zu machen. Jedenfalls das was hier ist, ist nichts anderes, aks die Wiedergabe zeitgenoessischer Dokumente aus dem historischen Geschichtskalender von Schulthess. Diese Dokumente sind in Uebereinstimmung mit der Staatsanwaltschaft vom Gericht angenommen worden

VORSITZENDER: Sir David, koennen Sie nicht nur auf die Tatsachen zu sprechen kommen, ohne das Dokument dabei in Anspruch zu nehmen?

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Jawohl, das kann ich wohl, Herr Vorsitzender und das werde ich auch tun.

DURCH SIR DAVID MAXWELL FYFE: F: Bei dieser Zusammenkunft, Herr Angeklagter, stimmt es nicht oder -- Verzeihung, ich glaube, wir haetten die Umgebung erst niederlegen sollen. Wir muessen feststellen, wo es war und wer da war. Es war in dem Haus in Koeln von Freiherrn v. Schroeder oder bei einem Freund von Ihnen?

A: Ja, aber kein Freund von mir, nein.

F: Na schoen. Und zu den Leuten, die im Hause anwesend waren komme ich jetzt, wer war bei der Besprechung anwesend. Hitler hatte bei sich den Angeklagten Hess, Himmler und Keppler. Stimmt das?

A: Das ist moeglich, ja.

F: Keppler ist der Herr, von dem das Gericht schon gehoert hat, dass er im Maerz 1938 sich in Wien aufhielt, nicht wahr?

A: Er war ein Mann, der sich immer in der Begleitung von Hitler befand.

H0377 - 0047

F: Ja, die aktuelle Besprechung fand zwischen Ihnen und Hitler statt und zwar in der Gegenwart von Herrn v. Schroeder. Ist das nicht so?

A: Nein. Vielleicht darf ich dem Gericht einen kurzen Abriss der Verhandlung geben, wie das Gericht gewuenscht hat?

F: Ja, ich glaube, es ist viel einfacher, wenn ich Ihnen die Tatsachen unterbreite, ich mache es sehr kurz und ich glaube, wir helfen damit dem Gericht besser. Wuerden Sie sagen, Schroeder war nicht dabei?

A: Schroeder mag vielleicht Teilen des Gespraeches beigewohnt haben. Ich habe die Erinnerung, dass in der Hauptsache ich allein mit Hitler gesprochen habe.

F: Und die Unterredung fing ungefaehr um ein halb zwoelf Uhr vormittags an, zwischen Ihnen und Hitler, nicht wahr?

A: Jawohl.

F: Der erste Punkt, ueber den gesprochen wurde war der, dass Sie Hitler erklaerten, dass, wobwohl Sie nicht imstande gewesen waeren, die zwei Nazis entlassen zu haben, die wegen der Ermordung eines Kommunisten zum Tode verurteilt worden waren, Sie immerhin versuchten den Praesidenten v. Hindenburg zu bewegen, sie zu begnadigen. Ist das nicht richtig?

A: Ja, ich erinnere mich, dass Hitler mir heftige Vorwuerfe machte wegen dieses Todesurteiles dieser Nationalsozialisten.

F: Der zweite Punkt, der dann folgte, war eine Erklaerung Hitler's gegenueber, dass nicht irgendwelche Machinationen oder Intrigen Ihrerseits stattgefunden haetten, die dazu fuehrten, dass Hindenburg sich weigerte, mit Hitler ueber seine Ernennung zum Kanzler zu sprechen. Das war doch der 2. Punkt. Waren es nicht Sie selbst, der v. Hindenburg veranlasste, diese Diskussion zu verweigern?

A: Ja, ich habe ihm erklaert, dass mein Angebot vom 13. August 1932 an absolut ehrlich gemeint war.

VORSITZENDER: Ich glaube kaum, dass das eine Antwort auf Ihre Frage war, Sir David?

DURCH SIR DAVID MAXWELL FYFE: F: Haben Sie Hitler nicht erklaert, dass Sie nicht daran schuld gewesen waeren, dass Hindenburg sich weigerte ueber die Frage der Kanzlerschaft zu sprechen und zwar im August 1932, als Hitler Hindenburg getroffen hatte?

A: Nein, das kann nicht zutreffend sein, denn nach Ausweis der historischen Akten hat ja Hitler eine Besprechung am 13. August mit Hindenburg gehabt und Hindenburg hat ihm die Gruende auseinandergesetzt, warum er eine Kanzlerschaft Hitler's ablehnt.

F: Meine Behauptung ist, dass Sie am 4. Januar zu Hitler sagten, als Sie mit Hindenburg damals gesprochen hatten: "Bitte, verstehen Sie, es war nicht meine Schuld, dass Hindenburg nicht ueber Ihre Kanzlerschaft sprechen wollte." Sagten Sie ihm das nicht, dass es nicht Ihre Schuld sei, dass Sie dachten v. Hindenburg waere dazu bereit?

A: Nein, Herr Anklaeger, das ist die Behauptung von Herrn v. Schroeder. Aber das ist nicht richtig.

F: So, was behaupten Sie nun, was ueber v. Hindenburg und Hitler gesagt wurde, wenn Sie nicht annehmen, was ich nahelege, was sagen Sie dann?

A: Was Hindenburg Hitler gesagt hat, steht ja in allen Buechern zu lesen, das ist ja geschichtsnotorisch - -

F: Nein, nein. Wir wollen nur wissen -- wenn ich mit Verlaub des Gerichts so sagen darf, was haben Sie am 4. Januar zu Hitler gesagt, betreffend dieser Frage, wenn Sie ueberhaupt etwas gesagt haben ueber die Lage zwischen Praesident v. Hindenburg und Hitler selbst?

A: Ja, wenn Sie mich haetten eine Erklaerung abgeben lassen ueber den Verlauf der Verhandlung, wuerde ich das schon gesagt haben.
Im Laufe dieser ganzen Unterhandlung habe ich nichts anderes getan, als Herrn Hitler darauf aufmerksam zu machen, wie notwendig es sei, in seine Regierung einzutreten. Mit anderen Worten, ich setze die Bemuehungen fort, wie ich sie im Jahre 1932 gemacht habe, um die nationalsozialistische Partei zu einer Mitarbeit zu bewegen.

F: Wollen Sie allen Ernstes hier behaupten, dass Sie Hitler erklaerten, er solle nicht in ein Schleicher-Kabinett gehen?

A: Im Gegenteil, ich habe ihm gesagt, er soll in ein Schleicher-Kabinett gehen.

F: Ich halte Ihnen vor, dass das ganz falsch ist. Was Sie zu Hitler sagten, war: "Es waere eine sehr gute Sache fuer die Konservativen und Nationalsozialisten, deren politische Ansichten mit den Ihren uebereinstimmten, wenn sie mit Hitler in der Schaffung einer Regierung zusammengingen." Sie haben ihm

H0377 - 0048

dargestellt, was Aktuelles am 30. Januar passierte. Sie haben im das bei dieser Besprechung nahegelegt. Sagen Sie, das stimmt nicht?

A: Mit keinem Worte, das ist eine absolute Faelschung. Zum Beweise dafuer fuehre ich Folgendes an:

Ich habe unmittelbar nach der Unterhaltung einen Brief an Schleicher geschrieben am 4. Januar nachmittags. Diesen Brief wird er am 5. morgens gehabt haben. Aber noch bevor Herr v. Schleicher diesen meinen Brief ueber den tatsaechlichen Inhalt der Besprechungen erhalten hat, haben die Zeitungen, die Morgenzeitungen vom 5. Januar eine Riesenhetze gegen mich inszeniert mit der Behauptung, in diesem Gespraech mit Schroeder laege eine Illoyalitaet gegen Schleicher. Nach Berlin zurueckgekommen, habe ich mich sofort zu Herrn v. Schleicher begeben und ich habe ihm erklaert, was tatsaechlich der Inhalt unseres Gespraeches war. Herr v. Schleicher hat darueber ein Communique veroeffentlicht, Dieses Communique --

A: Aber er war ja nicht der einzige Mann, der ein Communique herausgab. Sie und Hitler gaben eines heraus. Wollen Sie bitte sich daran erinnern, Angeklagter, dass Sie den Vorschlag machten, dass Sie und Hitler eine Koalition schaffen sollten mit den Konservativen, die hinter Ihnen standen und den Nationalsozialisten, die hinter Hitler standen?

Ich verweise Sie auf das Communique, das Sie und Hitler herausgaben.

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Geben Sie bitte dem Angeklagten Dokument Nr. 637, d das GB- 496 werden wird.

Ich verweise Sie auf das Ende des Dokumentes:

"Adolf Hitler und Her v. Papen uebergaben der Oeffentlichkeit folgende gemeinsame Erklaerung:" gegenueber unrichtiger Kombinationen in der Presse. Ueber das Zusammentreffen Adolf Hitler's mit dem fruehoren Reichskanzler v. Papen stellen die Unterzeichneten fest, dass die Unterredung sich ausschliesslich mit der Moglichkeit der Bildung einer grossen national-politischen Einheitsfront befasst hat und, dass insbesondere die beiderseitigen Auffassungen ueber das zur Zeit amtierende Reichskabinett im Rahmen dieser allgemeinen Aussprache ueberhaupt nicht beruehrt worden sind." Und nun, Angeklagter, wenn ich Sie jetzt erinnert habe daran, was Sie selbst herausgegeben haben, stimmt es dann nicht, was ich Ihnen vorhalte, naemlich; dass Sie Hitler anrieten, dass Sie diese Koalition von Konservativen und Nationalisten, die mit Ihnen uebereinstimmten,

H0377 - 0049

H0377 - 0050

und mit der Nazi-Partei unter Hitler, bilden sollten?

A: Nein, Herr Anklaeger, in diesem Communique wird zweierlei festgestellt. Einmal stelle ich fest, dass wir ueber das Kabinett Schleicher, wie das allgemein in der Presse angenommen wurde, gegen seinen Sturz, oder ueber seinen Ersatz durch eine andere Regierung ueberhaupt nicht gesprochen haben. Dann stelle ich fest, dass es notwendig ist, die grosse nationalpolitische Einheitsfront zu schaffen. Herr von Schleicher stellte ja dasselbe Kabinett dar, das ich dargestellt hatte, mit denselben politischen Kraeften. Wenn ich also Hitler auffordere, in dieses Kabinett einzutreten, so ist das genau dieselbe Kombination, als wenn ich ihn aufgefordert haette, in mein Kabinett einzutreten.

F: Angeklagter, ich will nicht mit Ihnen darueber streiten. Wenn Sie behaupten, dass das Communique auf Ihre Art und Weise ausdrueckt, dass Sie Hitler baten, er solle die Nazis in Schleicher's Kabinett bringen, und dass Sie nicht mit ihm ueber eine Koalition gesprochen haben; wenn Sie nun sagen, dass das Communique ausdrueckt, habe ich keine Fragen mehr, und ich will auf einen anderen Punkt uebergehen. Ich habe keinen Hinweis gemacht, und ich glaube, dass das Communique es zum Ausdruck bringt. Nun kommen wir zu dem naechsten, was Sie unternahmen. Wollen Sie ableugnen, dass Sie sich waehrend des Januars damit beschaeftigten, Kontakt mit Hitler aufzunehmen, und fuer Hitler mit dem Praesidenten von Hindenburg, um Hitler in die Regierung mit hineinzubringen? Oder stimmen Sie damit ueberein?

A: Das stimmt. Ich werde auch sagen, wie es stimmt. Ich habe zwei Unterhaltungen offizieller Art mit Hindenburg gehabt. Am 9. Januar, als ich nach Berlin zurueckkam, habe ich mich vom Reichskanzler Schleicher zum Reichspraesidenten Hindenburg begeben. Der Reichskanzler Schleicher in der Auffassung, dass ich in der Schroeder-Unterhaltung gegen ihn illoyal gehandelt haette, hatte Hindenburg gebeten, mich nicht mehr zu empfangen. Ich habe Herrn von Hindenburg ueber den tatsaechlichen Inhalt der Besprechung Schroeder informiert, und, nachdem ich mich mit Schleicher geeinigt hatte, war auch Herr von Hindenburg der Ueberzeugung, dass das Ganze ein grosses Missverstaendnis gewesen war.
Alsdann habe ich Herrn von Hindenburg, nach meiner besten Erinnerung, erst am 22. Januar offiziell wieder ueber diese Regierungssachen gesprochen.

F: Dann wollen wir mal sehen, was der Chef der Praesidialkanzlei sagte, und wir wollen sehen, ob er vielleicht Ihrem Gedaechtnis etwas nachhelfen kann.

H0377 - 0051

Ich verweise Sie wieder auf Meissner's Affidavit, den zweiten Teil des Paragraph6.

(Dem Zeugen wird das Dokument ueberreicht).

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Herr Vorsitzender, es ist 11 A, Seite 45, ungefaehr 7 Zeilen von unten.

DURCH SIR DAVID MAXWELL FYFE: F: Sie sehen, nach dem ersten Teil des Paragraph 6, Angeklagter, den zweiten Teil, er beginnt mit:

"Schleicher machte Hindenburg diese Vorschlaege zum erstenmal Mitte Januar 1933.."

Dann der naechste Satz ist:

"Unterdessen war Papen nach Berlin zurueckgekehrt und hatte Dank

H0377-0052

" Hindenburgs Sohn mehrere Besprechungen mit dem Praesidenten. Als Schleicher seine Bitten um Notvollmacht erneute, erklaerte Hindenburg, dass er nicht im Stande sei, ihm so eine Blanko-Vollmacht zu geben und dass er die Entscheidung in jedem einzelnen Fall fuer sich selbst vorbehalten muesse. Von seiner Seite erklaerte Schleicher, dass es ihm unter diesen Umstaenden unmoeglich waere,in der Regierung zu bleiben und bot am 28. Januar 1933 seinen Ruecktritt an . "

Dann Paragraph 7 :

" Mitte Januar, zu der Zeit als Schleicher zum ersten Mal um Notgesetze ersuchte, hatte Hindenburg keine Ahnung von den Zusamenkuenften zwischen Papen und Hitler, - besonders von der Zusammenkunft, die im Hause des Koelnischen Bankiers, Kurt von Schroeder, stattgefunden hatte. In der 2. Haelfte Januars spielte Papen eine immer wichtigere Rolle im Haus des Reichspraesidenten, aber trotz der Ueberredungen von Papen blieb Hindenburg ausserordentlich bedenklich - bis Ende Januar - Hitler als Reichskanzler zu ernennen. Er wollte Papen wieder als Reichskanzler haben. Zuletzt konnte Papen ihn auf Hitler's Seite herueberge winnen, mit dem Argument, dass die Vertreter der anderen Rechtsparteien, die der Regierung angehoeren wuerden, Hitlers Handlungsfreiheit beschraenken wuerden. Ausserdem aeusserte Papen seine Befuerchtungen, dass - sollte die gegenwaertige Gelegenheit wieder verpasst werden, - ein Aufstand der Nationalsozialisten und Buergerkrieg wahrscheinlich waeren."

Ist das richtig ?

A : Nein -x-x-

DR. KUBUSCHOK: Darf ich eine Bemerkung machen zur Verwendung des Affidavit Meissner ? Das Affidavit ist aehnlich, aber nicht ganz gleich dem Falle Schroeder. Das Affidavit Meissner ist nicht in der Verhandlung dem Gericht angeboten worden. Es war mir jedoch bei der Beweisverhandlung der Anklage zur Kenntnis gekommen, dass ein Affidavit Meissner verwendet werden sollte. Ich habe mich daraufhin mit der Staatsanwaltschaft unterhalten und habe darauf

H0377 - 0053

hingewiesen, dass ich mich mit der Vorlegung des Affidavit Meissner keinesfalls begnuegen wuerde, sondern unbedingt Meissner als Zeugen hierher bestellen wuerde. Der Grund ist der gleiche; Die Persoenlichkeit des Zeugen Meissner, der an den Dingen sehr beteiligt ist, laesst hier aeusserste Vorsicht geraten sein.

Die Staatsanwaltschaft hat mir gesagt, sie wurde das Affidavit nicht verwenden, und hat mir schliesslich auch erklaert, dass sie Schroeder nicht als Zeugen laden wuerde. Ich hatte von mir aus keine Veranlassung den Zeugen zu laden. Ich stehe jetzt in der Lage, dass im Kreuzverhoer nunmehr das Affidavit gebracht wird, ohne dass ich den verdaechtigen Zaugen Meissner vor dem Gericht selbst fragen, noch angreifen kann.

SIR DAVID MAXWELL-FYFE - : Herr Vorsitzender, ueber unsere Lage betreffs des Affidavit sagt mir Major Barrington, dass er es damals nicht hatte, als er den Einzelfall gegen Papen vortrug. Ich verwende es jetzt. Wenn das Gericht nun denkt, dass genuegend Abweichung waere zwischen dem, was der Zeuge annimmt und dem wozu das Affidavit berechtigt, habe ich nicht den geringsten Einwand, wenn Dr. Kubuschok Antrag stellt fuer ein Kreuzverhoer Meissners.

VORSITZENDER : Was sagen Sie ueber die Behauptung des Herrn Dr. Kubuschok, dass die Anklage erklaert habe, sie wurde das Affidavit nicht verwenden ?

SIR DAVID MAXWELL FYFE : My Lord, das habe ich nicht gesagt. Major Barrington, der mit mir war, hat ueberhaupt keine Erinnerung dass ich das ueberhaupt gesagt haette. Major Barrington hat das gewiss niemals gesagt. Es war niemals unsere Absicht, denn es war doch offensichtlich fuer uns ein sehr wichtiges Dokument.

VORSITZENDER : Welches ist das Datum ?

SIR DAVID MAXWELL FYFE : Der 28. November.
Wir haben Dr. Kubuschok eine Abschrift ueberreicht.

DR. KUBUSCHOK : Ja.
Herr Praesident, darf ich noch erklaeren ? Es ist eine verpflichtende Erklaerung seitens der englischen Anklagebehoerde, das Affidavit nicht vorzulegen und den Zeugen nicht zu bringen, nicht

H0377 - 0054

abgegeben worden. Ich habe mir immer wieder, unter Hinweis darauf, falls das Affidavit verwendet wird, gesagt, dass ich den Zeugen verlange. Ich habe die Anklagebehoerde verschiedentlich befragt: " Wird der Zeuge nun von Ihnen gerufen oder nicht ? " Das ist verneint worden. Worauf ich sagte : " Dann habe ich auch kein Interesse daran; dann werden wir diesen ganzen Komplex fallen lassen und ich werde diesen Zeugen nicht rufen . "

VORSITZENDER : Das Affidavit scheint vor langer Zeit ausgestellt zu sein ?

SIR DAVID MAXWELL FYFE : Ja, Herr Praesident.

VORSITZENDER : Tatsaechlich, es war fast zur Zeit, als der Prozess anfing. Vielleicht wollten Sie sich nur mit den Tatsachen befassen , und nicht mit dem Affidavit.

SIR DAVID MAXWELL FYFE : My Lord, falls das Gericht es wuenscht tue ich das. Wenn irgend welche Fragen aufkommen und falls Herr Dr. Kubuschok Meissner zum Kreuzverhoer haben will, habe ich nichts dagegen. Ich meine, ich bin doch in einer etwas anderen Lage als von Schroeder.

Soweit Fairness in Frage kommt, so moechte ich Ihnen zu verstehen geben, Herr Vorsitzender, dass gewiss keiner aus meinem Stab auch nur einen Augenblick daran dachte, dass die Anklagebehoerde verstanden haette, wir wuerden es nicht verwenden, denn wir haben schon von jeher im Sinne gehabt,es zu verwenden . Wir haben Herrn Dr. Kubuschok eine Abschrift dieses Affidavits gegeben, damit er genuegend lange im Voraus darueber informiert sei.

DR. KUBUSCHOK : Jawohl; das ist geschehen, und ich habe das auch dankbar anerkannt.

SIR DAVID MAXWELL FYFE : Herr Vorsitzender, ich moechte absolut nicht unnoetig Zeit verschwenden. Ich setze lieber fort, und nehme nur die Tatsachen, und werde so jegliche Eroerterung ersparen.

VORSITZENDER : Jawohl, tun Sie das.

DURCH SIR DAVID MAXWELL FYFE :

F : Ich glaube, Sie, Angeklagter, haben erklaert, dass Sie zwei Zusammenkuenfte mit Praesident von Hindenburg gehabt haetten, und

H0377 - 0055

und dann, denke ich, nach dem 18. Januar kamen Sie ein- oder zweimal mit Hitler zusammen, und nach dem 22. Januar seien Sie mit Goering einigemale zusammengekommen, wie er in seiner Aussage bestaetigt hat; nicht wahr ?

A : Nein, mit Hitler bin ich nicht zusammengekommen seit dem 4. Januar bis zum 22. Januar.

F : Gut, wir wollen ungefahr 4 Tage sagen; die Akten der Nazi-Partei behaupten, dass die Verhandlungen am 18. Januar angefangen haetten. Wir wollen uns darueber nicht streiten. Die fraglich Zusammenkunft war die, die mit Oskar von Hindenburg stattfand im Hause des Angeklagten Ribbentrop, nicht wahr ?

A : Es war eine Vorbesprechung; sie war jedenfalls die erste Fuehlungsnahme mit den Nationalsozialisten, mit Hitler und mit Goering.

F : Und Oskar von Hindenburg unterhielt sich unter 4 Augen mit Hitler etwa eine Stunde lang, und zwar bei dieser Zusammenkunft in von Ribbentrop's Haus. Stimmt das ?

A : Das ist moeglich. Ich erinnere mich nicht mehr daran.

F : Hernach einigte man sich darauf, dass Hitler Reichskanzler werden wuerde in der neuen Regierung, und dass er den Angeklagten Frick als Innenminister in die Regierung bringen wuerde, und den Angeklagten Goering als Minister ohne Portefeuille, u dass er selbst der Regierung als Kanzler vorstehen wuerde ?

A : Nein, am 22. haben wir uns keineswegs darauf geeinigt, sondern wir haben uns darauf beschraenkt - - -

F : Ich sagte nur, innerhalb einiger Tage wurde dies zwischen Ihnen beschlossen ; war das nicht so ?

A : Ja, aber es ist sehr wichtig, es festzustellen. - Verzeihen Sie, dass ich das hinzufuege - Wir haben diese Besprechungen erst begonnen, nachdem es feststand, dass Herr von Schleicher keine Regierung bilden konnte, nachdem der Versuch, die Nazi-Partei aufzuspalten, missglueckt war. - Das ist sehr wichtig

F : Behaupten Sie dem Gericht gegenueber, dass Sie zu dem Zeitpunkt das unternahmen, worueber Sie sich einigten, naemlich, dass Sie Hitler zur Macht brachten, nur weil er an der Spitze

H0377 - 0056

der groessten Partei im Reichstage stand, oder weil Sie dachten, dass er der geeigneteste Mann waere, um damals als Reichskanzler dem deutschen Reich vorzustehen ? Was war nun Ihr Motiv ?

A : Mein Motiv, Herr Anklaeger, war sehr einfach. In der Lage, die nach dem 23. Januar entstanden war, gab es nur 2 Moeglichkeiten : Entweder Verfassungsbruch mit Buergerkrieg, oder eine Regierung mit Hitler an der Spitze.

Ich glaube, ich habe das sehr ausfuehrlich dem Gericht geschildert

F : Was ich von Ihnen wissen moechte, Angeklagter, ist, ob Sie damals diese Besprechungen mit Hitler hatten. Sie selbst sind doch auch Kanzler von Deutschland gewesen. Dachten Sie damals, dass Hitler selbst und Hitlers Ziele und Absichten fuer Deutschland guenstig sein wuerden ? Das ist doch eine sehr einfach Frage Ich will eine aufrichtige Antwort. Waren Sie der Ansicht, dass es gut fuer Deutschland waere, einen Mann, wie Hitler, als Reichskanzler zu haben ?

A : Darauf kann ich nur sagen, dass die Koalition, die ich im Auftrage des Reichspraesidenten geformt habe, eine Zwangsloesung war. Es entstand nicht die Frage, ob er besser oder schlechter war; wir mussten ihn nehmen.

F : Gut, dann wollen wir mal sehen. Ich glaube, Sie sagten, dass Sie noch gar nicht sicher waren, dass Hitler die Opposition ausschalten wuerde, ehe er die Macht erlangte. Wie lange brauchten Sie, nachdem Hitler Reichskanzler wurde, um zu erkennen, dass er die Absicht hatte, alle Opposition auszuschalten ?

A : Das habe ich endgueltig erkannt, als ich den letzten Versuch machte in der Marbuerger Rede, ihn auf das gemeinsame Programm festzulegen, und als dieser Versuch scheiterte - - -

F: Das war doch 18 Monate spaeter, am 17. Juni 1934. Sagen Sie nun, dass Sie 18 Monate brauchten, um daraufzukommen, dass Hitler die Opposition stuerzen wolle ?

A : Nein, ich habe ja dem Gericht gesagt ---

F : Darf ich Sie an 1 oder 2 Dinge noch erinnern ? Erinnern Sie sich des Herrn Ernst Heilmann, der der Fuehrer der Sozialdemokraten im preussischen Landtag war ?

H0377 - 0057

A : Jawohl.

F : Ich glaube, er gehoerte 10 Jahre dem preussischen Landtag an zusammen mit Ihnen; er landete dann in einem Konzentrationslager und wurde dort mit der groessten Grausamkeit behandelt; nicht wahr ?

A : Das habe ich erst spaeter hier erfahren; das habe ich nicht gewusst, damals.

F : Wollen Sie dem Gericht gegenueber behaupten, dass Sie im Jahre 1933 nicht wussten, dass Ernst Heilmann in ein Konzentrationslager kam ?

A : Ich habe lediglich gewusst, dass eine Reihe von politische Gegnern aus der kommunistischen Partei von der Gestapo ins Konzentrationslager geschickt worden war; das habe ich gewusst.

F : Wollen Sie bitte meine Frage beantworten. Hier war der Mann, der der Fuehrer der Sozialdemokratischen Partei im Preussischen Landtag war, ein Mann, der mit Ihnen zusammen 10 Jahre lang im Parlament sass. Wollen Sie sagen, Sie wussten nicht, dass man ihn in ein Konzentrationslager brachte ?

A : Ich erinnere mich nicht, nein. Ich glaube, dass ich es hier erst erfahren habe.

F : Jetzt will ich Ihnen noch einen beruehmten Namen nennen, Karl von Ossietski, dem der Friedens-Nobelpreis verliehen worden war, ein Schriftsteller und Journalist. Wussten Sie nicht, dass er im Konzentrationslager war ?

A: Ich habe von Herrn Ossietski nur eine Erinnerung als der Herausgeber einer periodischen Zeitschrift, sonst ist mir nichts ueber ihn bekannt.

F : Wussten Sie nicht, dass er 1936 der Nobelpreistraeger fuer Frieden war ?

A : Das konnte ich unmoeglich im Jahre 1933 wissen.

F : Aber Sie wussten auch spaeter nicht, dass er ihn bekommen hatte; wussten Sie, dass er eingesperrt war ?

A : Nein.

F : Ich dachte, ich koennte seinen Namen mit dem Ihrigen verbinden. Nennen wir jemand Anderes, Dr. Ernst Eckstein, der

H0377 – 0058

Reichstagsabgeordneter war, ein bekannter Rechtsanwalt in Breslau. Wussten Sie, dass er in ein Konzentrationslager ueberfuehrt war ?

A : Nein, ich habe Dr. Eckstein nicht gekannt, leider.

F : Oder Dr. Joachim, der Sozialdemokrat von Berlin, wussten Sie, dass er in ein Konzentrationslager kam ?

A: Nein, ich habe ihn auch nicht gekannt, und ich habe es nicht gewusst.

F : Und wenn wir jetzt Einzelpersonen ausser Acht lassen, wussten Sie nicht, dass innerhalb einiger Monate, nachdem Hitler die Macht uebernommen hatte, hunderte, wenn nicht tausende von Sozialdemokraten und Kommunisten in Konzentrationslager eingeliefert wurden ?

A : Tausende ?

F : Nun sagen wir Hunderte. Goering gab zu, dass es hunderte gewesen waren, aber einigen wir uns auf eine Hundertzahl -- hunderte von Sozial-Demokraten und Kommunisten. Minister Severing schaetzte die Zahl auf 1500 von jeder Partei; wussten Sie das nicht ?

A : Ich erinnere mich sehr genau. Als der Angeklagte Goering eines Tages in das Kabinett kam, nachdem er das Hauptquartier der kommunistischen Partei, das Liebknecht-Haus, polizeilich ausgenommen hatte und dem Kabinett mitteilte, er habe eine Unmenge von Akten gefunden, aus denen hervorgehe, in welchem Masse Kommunisten und andere Elemente versuchten, die oeffentliche Ordnung zu stoeren und die neue Regierung zu stuerzen.

F : Wollen Sie jetzt bitte meine Frage beantworten. Wussten Sie nicht, dass hunderte von Sozialdemokraten und Kommunisten in Konzentrationslager gebracht wurden ?

A : Nein, Hunderte, das war mir unbekannt. Ich habe gewusst, dass einzelne Fuehrer ins Konzentrationslager geworfen worden waren.

F : Bei Ihren Aussagen haben Sie gesagt, dass die Amnestieverfuegung vom 21. maerz nur so etwas aehnliches sei, wie schon

H0377 - 0059

Reichstagsabgeordneter war, ein bekannter Rechtsanwalt in Breslau. Wussten Sie, dass er in ein Konzentrationslager ueberfuehrt war ?

A : Nein, ich habe Dr. Eckstein nicht gekannt, leider.

F : Oder Dr. Joachim, der Sozialdemokrat von Berlin, wussten Sie, dass er in ein Konzentrationslager kam ?

A: Nein, ich habe ihn auch nicht gekannt, und ich habe es nicht gewusst.

F : Und wenn wir jetzt Einzelpersonen ausser Acht lassen, wussten sie nicht, dass innerhalb einiger Monate, nachdem Hitler die Macht uebernommen hatte, hunderte, wenn nicht tausende von Sozialdemokraten und Kommunisten in Konzentrationslager eingeliefert wurden ?

A : Tausende ?

F : Nun sagen wir Hunderte. Goering gab zu, dass es hunderte gewesen waren, aber einigen wir uns auf eine Hundertzahl -- hunderte von Sozial-Demokraten und Kommunisten. Minister Severing schaetzte die Zahl auf 1500 von jeder Partei; wussten Sie das nicht ?

A : Ich erinnere mich sehr genau. Als der Angeklagte Goering eines Tages in das Kabinett kam, nachdem er das Hauptquartier der kommunistischen Partei, das Liebknecht-Haus, polizeilich ausgenommen hatte und dem Kabinett mitteilte, er habe eine Unmenge von Akten gefunden, aus denen hervorgehe, in welchem Masse Kommunisten und andere Elemente versuchten, die oeffentliche Ordnung zu stoeren und die neue Regierung zu stuerzen.

F : Wollen Sie jetzt bitte meine Frage beantworten. Wussten Sie nicht, dass hunderte von Sozialdemokraten und Kommunisten in Konzentrationslager gebracht wurden ?

A : Nein, Hunderte, das war mir unbekannt. Ich habe gewusst, dass einzelne Fuehrer ins Konzentrationslager geworfen worden waren.

F : Bei Ihren Aussagen haben Sie gesagt, dass die Amnestieverfuegung vom 21. Maerz nur so etwas Aehnliches sei, wie schon

frueher vorgekommen,war. Das war doch eine ausgesprochene einseitige Amnestie, nicht wahr ? Es warrnur eine Amnestie, die solchen half, die frueher in der nationalen Revolution gekaempft hatten, das heisst, eine Amnestie fuer die Nazis. Es war keine Amnestie fuer Kommunisten oder Sozialdemokraten, oder fuer irgend jemand, der auf der anderen Seite stand, nicht wahr ?

A : Ganz richtig, ja. Es war ein Amnestie-Akt fuer die Leute, die fuer das Zustandekommen der Regierung gearbeitet hatten.

F : Auf jeden Fall wussten Sie diese Dinge. Wollen wir uns noch einmal die Essener-Rede ansehen, Seite 54 des Dokumentenbuches Nr. 11. Sie haben hier selbst gesagt, dass das, was Sie in dieser Rede gesagt hatten, auf Wahrheit beruhte, und zwar im November, und dass Sie versucht haetten, mit all Ihrer Macht die Arbeit der nationalsozialistischen Bewegung und ihrer Fuehrer mit allen Kraeften zu unterstuetzen. Spaeter haben Sie, wie Sie lesen koennen, gesagt, dass Sie " von der Vorsehung dazu ausersehen wurden, die Hand des Fuehrers und des Kanzlers in die Hand des geliebten Feldmarschalls zu legen." Im November 1933 mussten Sie doch ziemlich klar Einsicht darin gewonnen haben, wie Hitler, der Kanzler und Fuehrer, mit denjenigen umging, die gegen ihn politisch standen. Sie haben uns Ihren Standpunkt ja schon klargemacht. Warum s ten Sie nunmehr, wie stolz Sie darauf seinen, dass Sie mit aller Macht die nationale Bewegung gestuetzt haben, wenn Sie nicht damit einverstanden waren ?

A : Wir haben gegen die Verstoesse Hitler 's und der Partei gegen die Koalitionspolitik nach unseren besten Kraeften innerhalb des Kabinetts opponiert. Gewiss waren uns die Verstoesse bekannt. Ich habepersoenlich in vielen Reden, die hier dem Gericht nicht vorliegen, auf diese Verstoesse hingewiesen, aber solange dieser Koalitions-akt bestand, musste ich doch hoffen, dass wir uns durchsetzen wuerden und deshalb, nur aus diesem Grunde, habe ich Hitler meiner Loyalitaet versichert, damit er seinerseits auch loyal gegen uns sein sollte.

H0377 - 0060

H0377-0061

F : Dann wollen wir nun die letzten Worte lesen. Sie wenden sich hier, an Ihre katholischen Landsleute, und sagen zum Schluss: " Lassen Sie uns in dieser Stunde dem Fuehrer und dem neuen Deutschland sagen, dass wir an ihn und sein Werk glauben." Warum haben Sie diese Worte angewandt, wenn Sie doch im November 1933 wissen mussten, dass es sein Programm war, seinen politischen Gegener zu zerschmettern, die Gewerkschaften zu zerschmettern, und sich selbst in die voellige Kontrolle Deutschlands zu setzen ? Warum haben Sie solche Reden gehalten, wenn Sie nicht glaubten und uebereinstimmten mit allem was Hitler wollte ?

A : Das will ich Ihnen ganz genau sagen. Sie wissen, dass ich im Juli dieses Jahres das Konkordat abgeschlossen hatte und dass ich von Hitler die Versicherung erhalten hatte, den religioesen Frieden zur Basis seiner Politik zu machen. Je mehr von den Konservativen hinter die Regierung zu bringen waren, umso besser musste es fuer die Erfuellung meines Programmes sein.

F : Wenn das Ihre Antwort sein soll, dann gehen wir zu einem anderen Fragenkomplex ueber.Ich glaube, Sie haben heute die Erklaerung abgegeben, oder wenigstens vor einigen Minuten, dass Sie nach und nach zu der Ueberzeugung kamen, welche Sorte Leute Sie um sich hatten, als Sie am 17. Juni Ihre Rede in Marburg hielten. Ich will Sie nicht beleidigen -----

VORSITZENDER : Die russische Uebersetzung kommt hier auf derselben Leitung durch, wie die franzoesische. Wir machen eine kurze Pause.

DR. VON LUDINGHAUSEN (fuer den Angeklagten von Neurath) Herr Praesident, darf ich die Bitte an das Gericht richten, meinen Klienten, Herrn von Neurath, morgen und uebermorgen von der Sitzung zu dispensieren zwecks Vorbereitung seiner eigenen Verteidigung ?

VORSITZENDER : Natuerlich, jawohl.

VERHOER SIR DAVID MAXWELL FYFE :

F : Angeklagter, Sie haben dem Gericht ziemlich viel gesagt ueber Ihre Marburger-Rede, Einer Ihrer Gefaehrten war das ein Herr namens Jung ?

H0377 - 0062

A : Ganz richtig, jawohl.

F : Glauben Sie mir, ich will Sie nicht in irgend einer Art beleidigen, aber er hat Ihnen betraechtlich bei der Abfassung der Marbuerger-Rede geholfen, nicht wahr ?

A : Herr Jung hat sehr haeufig fuer mich Skizzen zu Reden entworfen, und auch zu dieser Marburger - Rede.

F : Jawohl. Er wurde nach dem 3o. Juni erschossen, nicht wahr ?

A : Jawohl.

F : Er war ein Mann, fuer den Sie nicht nur grosse Liebe hegten, sondern fuer dessen politische Ansichten - ich glaube, Sie wuerden ihn einen fortschrittlichen Konservativen nennen - Sie sehr grossen Respekt und Verstaendnis hatten, stimmt das ?

A : Ganz richtig, ja.

F : Sie haben uns von Herrn von Bose erzaehlt. Er ist auch erschossen worden ? Herr von Chirski wurde durch 2 verschiedene Gruppen von Leuten verhaftet nach dieser Angelegenheit ?

A : Jawohl.

F : Herr von Savigny, ist er auch verhaftet worden ?

A : Ich kann mich nicht erinnern, ich glaube nicht.

F : Nun insgesamt - die Namen spielen keine Rolle - waren es doch 2 Angehoerige Ihres Stabes, die erschossen wurden, und 3 wurden verhaftet ?

A : Ein Mitglied meines Stabes wurde erschossen und zwei verhaftet. Herr Jung gehoerte nicht zu meinem Stabe.

F : Herr Jung war kein Mitglied Ihres Stabes, aber er war doch ein guter Bekannter von Ihnen ---

A : Er war ein Mitarbeiter, der, wie ich gesagt habe, mir sehr haeufig half, wenn ich sehr beschaeftigt war, Skizzen zu meinen Reden zu machen und ich habe mit ihm meine konservativen Ideen ausgetauscht.

F : Natuerlich ist allgemein bekannt, dass General von Schleicher und seine Frau auch erschossen worden sind, und ich glaube, wenn ich mich recht erinnere, ist auch General von Groenau erschossen worden, nicht wahr ?

H0377-0063

A : Jawohl.

F : Sie wurden auch verhaftet, wie Sie uns sagten fuer 3 Tage, und ihre Akten wurden in Beschlag genommen, nicht wahr ?

A : Jawohl.

F : Hat dies Ihren Glauben an das Regime und Hitler erschuettert ?

A : Allerdings, ich habe dem Gericht gestern ausgefuehrt, dass mit diesem Akt der Pakt vom 30. Januar zerbrochen war.

F : Sie haben auch Ihren Ruecktritt angeboten am 2. Juli glaube ich ?

A : Nein, ich habe ihn schon vorher angeboten.

F : Ja, das stimmt, Sie haben ihn schon angeboten am 18. oder 19. Juni, und Sie haben das nocheinmal bekraeftigt am 2. Juli.

A : Ganz richtig.

F : Ich verstehe, das ist mein Fehler. Wollen Sie dem Gericht sagen, dass Sie Ihren Ruecktritt nochmals angeboten haben, weil Sie den Glauben an das Regime verloren haben, oder wegen der Beleidigung/# Ihrer Ehre, weil Sie verhaftet wurden, Ihre Akten in Beschlag genommen, und Ihre Sekretaere erschossen wurden ?

A : Ich habe meine Demission gegeben einmal wegen der unmoeglichen Beleidigung gegen meine eigene Person und meinen Stab, zweitens weil durch diesen Akt der Pakt vom 30. Januar seitens Hitler gebrochen war, und weil jede innerpolitische Zusammenarbeit mit ihm fuer mich unmoeglich geworden war.

F : Ich verstehe. Schauen Sie sich Dokument 714 an, bitte. Herr Richter, es wird GB-497. Es ist ein Brief von Ihnen an Hitler, der am 4. Juli geschrieben ist, und Sie sagen :

" Gestern 10 Uhr vormittags hatte ich die Ehre, nachdem am 2. Juli 9 Uhr abends die Polizeihaft gegen mich aufgehoben wurde, Ihnen muendlich meinen Standpunkt zu den Ereignissen der letzten Tage darzulegen. Dabei fuehrte ich aus, dass ich meinen Sitz im Kabinett unmoeglich einnehmen koenne, bevor nicht meine Ehre und die Ehre meiner Beamten wiederhergestellt sei.

Am 30. Juni sind fuenf meiner Mitarbeiter verhaftet, einer davon erschossen worden. Meine Akten sind beschlagnahmt, mein Amtszimmer

H0377-0064

versiegelt, meine Privatsekretaerin gleichfalls verhaftet. Dieser Zustand dauert zur Stunde noch an.

Ein solches Vorgehen gegen den zweithoechsten Beamten des Reiches koennte nur gerechtfertigt sein, wenn er und seine Beamten sich einer Mittaeterschaft an dem Komplott gegen Fuehrer und Volk schuldig gemacht haetten. Es liegt nicht nur im Interesse des Schutzes meiner persoenlichen Ehre, sondern mehr noch der Autoritaet und Sauberkeit des Staates, dass hier die Schuld unverzueglich festgestellt oder die Ehre wiederhergestellt werde."
Und dann sagen Sie " dass die Vorgaenge im Ausland bekanntgeworden sind, und dass aus diesem Grund keine Stunde Zeit verloren werden soll." Sie haben an seine Soldatenehre appelliert und verlangt, dass man den Fall in die Hand des Staatsanwaltes legen soll oder ein Kommunique herausgegeben werden soll, aus welchem zu ersehen ist, dass die Nachforschungen keinen Beweis ergeben haben einer Teilnahme an diesem Komplott und dass meine Ehre und die meiner Beamten wieder hergestellt werden soll. " Wenn Sie diesen Weg nicht einschlagen wollen, wuerde mein laengeres Verbleiben im Kabinett unmoeglich sein.

Schauen Sie sich nun den Rest des Briefes an ;
" Mein Amt hatte ich Ihnen, Herr Kanzler, bereits am 18. und 19. Juni zur Verfuegung gestellt. Ich kann diese Demission umso leichteren Herzens heute fordern, als das von uns am 30. Januar 1933 gemein begonnen worden ist. Gleichzeitig bitte ich um meine Entbindung von dem Amt als Saarkommissar. Ich nehme an, dass Sie die Entscheidung ueber die Wiederherstellung meiner Ehre, um die ich Sie estern bat, in den naechsten Stunden treffen werden. Ich bleibe Ihnen und Ihrer Arbeit fuer uns in Treue verbunden."

Stimmt es, dass es Ihr Herz erleichterte, dass Hitlers Arbeit jetzt gesichert erscheint gegen irgend welche weitere Rebellionen'

H0377 - 0065

A: Ich habe die Frage nicht verstanden.

F: Ist das, was Sie sagen, wahr, dass es Ihr Herz erleichtert hat, als das Werk Hitlers Ihnen so erschien, dass es gegen eine weitere Revolution sichergestellt sei ?

A: Ja, ich stand unter dem Eindruck, dass es eine Revolution gewesen sei, die er niedergeschlagen hat. Das war der Brief, den ich einen Tag nach meiner Haftentlassung geschrieben habe. Ich habe das Gefuehl gehabt, hier ist eine Revolution gewesen; das ist nunmehr erledigt.

F: Wussten Sie, dass General von Schleicher und seine Frau getoetet wurden?

A: Ich glaube nicht, dass ich das in diesem Augenblick gewusst habe.

F: Sie wussten also nur, dass Herr von Bose erschossen worden war ?

A: Ja, das steht ja in dem Brief.

F: Und Sie wussten, dass auch nicht der geringste Grund auf der Welt bestand, dass General von Schleicher, Jung und Bose erschossen wurden, nicht wahr ?

A: Nein, den Grund habe ich nicht gewusst. Soviel ich mich erinnere ---

F: (unterbrechend) Sie wussten, dass kein Grund vorlag, nicht wahr ?

A: Nein, Hitler hat auf meine Frage nach dem Grund geantwortet, dass Herr von Bose verwickelt sei in eine Angelegenheit der Auskunftserteilung an die auslaendische Presse.

F: Ich verstehe. Sie haben also mit Herz und Verstand gesprochen und in vollstaendiger Aufrichtigkeit und Vertrauen, als Sie sagten "Ich verbleibe Ihnen und Ihrer Arbeit fuer unser Deutschland in Treue verbunden." Das war also am 4. Juli 1934. Ist das richtig ?

A: Ja, weil ich hoffen musste, dass meine weitere Arbeit, auch wenn er sich innerpolitisch von mir trennte, fuer Deutschland nicht zu einem Nachteil fuehren wuerde.

F: Sie brauchen mit den Briefen nicht weiterfahren, Sie duerfen sich darauf verlassen, dass ich mich damit spaeter befassen werde. Bitte lesen Sie die anderen nicht im voraus.

Als Ergebnis sahen Sie Hitler an diesem Tage, nicht wahr ? Wollen Sie bitte nur meine Frage beantworten. Ich versichere Sie, ich werde die Briefe mit Ihnen durchgehen. Sie sahen Hitler an jenem Tage ?

A: Ich habe ihn fruecher gesehen.

F: Aber Sie sahen ihn auch nachher ?

H0377 - 0066

A: Ich habe ihn an dem Tage zuvor gesehen. In dem Brief steht ---

F: Aber nach dem Brief sahen Sie ihn und Sie stimmten doch mit Hitler ueberein, als Vizekanzler bis September zu verbleiben und dass Sie dann im Auswaertigen Amt Verwendung finden wuerddn ?

A: Ich glaube nicht, nein.

F: Wenn Sie mir nicht glauben, schauen Sie sich bitte den naechsten Brief an, D-715 und es wird GB 496. Dies ist ein Brief vom 10. Juli 1934. Er faengt an: "Unsere Vereinbarung vom 4. Juli - welche das Datum des letzten Briefes ist - dahingehend, dass ich bis September in meiner Stellung als Vizekanzler verbleibe und sodann im Auswaertigen Dienst Verwendung finden solle, war zwischen uns auf folgender Voraussetzung begruendet: Sofortige voellige Wiederherstellung meiner Autoritaet und Ehre, die es mir ermoeglichen wuerden, im Dienst des Reiches - in welcher Form auch immer - zu verbleiben."

Wollen Sie jetzt dem Gericht sagen, dass Sie am 10. Juli nicht gewusst haben, dass General von Schleicher und seine Frau und dass auch General von Groenau getoetet worden war und auch Jung und Bose ermordet worden waren ? Wollen Sie sagen, dass S Sie das am 10. Juli nicht gewusst haben ?

A: Das bestreite ich keineswegs, dass ich das nicht gewusst habe, aber ich habe ja gefordert, wie ich dem Gericht schon gesagt habe, dass eine Untersuchung ueber alle diese Dinge angestellt wird, damit wir genau die Gruende erfahren. Es ist dargestellt worden in der Oeffentlichkeit, als ob Schleicher erschossen worden ist in der Notwehr. Also alle diese Dinge waren damals noch voellig unklar.

F: Es stimmt doch natuerlich, wenn Sie hier schreiben, dass Sie mit Hitler vereinbart hatten, als Vizekanzler bis zum Sepyember zu verbleiben und dass Sie dannn im Aussenamt verwendet werden sollten. Stimmt das ?

A: Nein, das stimmt nicht, denn ich habe schon ausgefuehrt -----

F: Der Brief jedoch, Angeklagte, ist doc h Ihr eigener Brief, wie Sie wissen ?

A: Ja, dieser Brief ist geschrieben, weil Hitler mir in Aussicht gestellt hatte eine Klarstellung, eine Untersuchung, die es mir ermoeglichen wuerde, nach Wiederherstellung meiner Ehre und Aufklaerung der ganzen Verbrechen im Dienste des Reiches zu verbleiben. Aber das ist niemals erfolgt.

F: Aber, Herr Angeklagter, Bose und Jung hatten doch eng zusammengearbeitet mit Ihnen, und wenn irgendjemand wissen jusste, ob diese unschuldig waren oder nicht, dann waren Sie derjenige. Warum haben Sie, obwohl Sie das wussten, mit Hitler ein

Uebereinkommen getroffen, als Vizekanzler weiterzuarbeiten und dann im Aussenamt Verwendung zu finden ?

A: Ich habe ja festgestellt, dass ich meine Demission genommen hatte, dieser Satz der ueber mein moegliches Verbleiben im Amte spricht, ist ja nur eine Suppositio. de facto hatte ich meinen Abschied genommen und ich habe de facto seit 4. Juli ueberhaupt keine Regierungstaetigkeit mehr ausgeuebt.

F: Schauen Sie sich doch die naechsten Worte an in diesem Brief:

"Ich hatte Ihnen zu diesem Zweck am 5. Juli einen Vorschlag fuer eine amtlich zu erlassende Erklaerung unterbreitet, welche die Gruende darlegte, weshalb zu der Verhaftung einer Anzahl von Mitgliedern meines Bueros geschritten worden sei, auf welche Weise Herr von Bose ums Leben kam und worin die Nichtbeteiligung saemtlicher Mitglieder meines Bueros an der SA-Revolte festellt wurde. Diese von mir erbetene Erklaerung ist von Ihnen nur in einem Auszug genehmigt und veroeffentlicht worden, naemlich insoweit die Enthaftung und die Nichtschuld von den Herren von Tschirschky, von Savigny und meiner Privatsekretaerin Stotzingen bekannt gegeben wurden."

Sie hatten also Hitler Ihre eigene Darstellung unterbreitet und ihn gebeten, sie durchzugehen, und er tat dies nicht. Er wollte die Leute, die mit Ihnen arbeitete nicht entlassen, und trotz alledem kamen Sie mit ihm zu dem Uebereinkommen, als Vizekanzler weiterzuarbeiten und dann ins Auswaertige Amt zu gehen. Sehen Sie, wi ich Ihnen vorlege, Sie sehen deutlich, dass das einzige, um was Sie besorgt waren Ihre eigene persoenliche Stellung war, dass Ihr Ansehen wieder hergestellt würde. Sie waren entschlossen, diesen Moerdern zu dienen, sobald nur Ihre Ehre wieder hergestellt waere.

A: Herr Anklaeger, einen besseren Beweis fuer meine Absichten, mich von dem Regime zu trennen, kann ich nicht geben, als dass ich de facto meinen Abschied genommen habe. Wenn alles klargestellt worden waere, wenn die Unschuld klargestellt worden waere, in der meine Beamten und Angestellten ermordet und verachtet worden sind, dann waere vielleicht eine Moeglichkeit eines Verbleibens im Reichsdienst, nicht als Vizekanzler - als solcher hatte ich ja demissioniert - moeglich gewesen Sie entnehmen aber aus dem Brief, dass Hitler keine Anstalten gemacht hat, eine solche Erklaerung abzugeben.

F: Und als Ergebnis, als er diesen Versuch nicht machte, schrieben Sie eine noch widerlichere Erklaerung der Bewunderung seiner Handlungsweise. Betrachten Sie

H0377 - 0067

H0377-0068

Nummer 716, dies wird GB 499.

"Sehr verehrter Herr Reichskanzler!?

Ueber unsere gestrige Aussprache habe ich lange nachgedacht und die mir gemachten Ausfuehrungen, speziell die mir von Ihnen mitgeteilten Absichten in Bezug auf Ihre Reichstagsrede haben mich angesichts der ungeheueren Wichtigkeit der Rede und ihrer besonderen Wirkung auf Deutschlands aussenpolitische Stellung andauernd beschaeftigt. Es draengt mich daher, ja, ich fuehle mich verpflichtet, Sie meine Ansicht wissen zu lassen, wie ich es auch des oefteren bei anderen Gelegenheiten fruecher tat.

Sie haben mir gestern auseinandergesetzt, dass Sie vor der Oeffentlichkeit die ganze Verantwortung zu uebernehmen beabsichtigen fuer alles, was auch neben der Niederschlagung der SA-Revolte geschehen sei. Wie maennlich und gross ich das finde, gestatten Sie mir, Ihnen sagen zu duerfen. Die Niederschlagung der Revolte, Ihr tapferes und entschlossenes Eingreifen haben in der ganzen Welt ausnahmslos nur Anerkennung gefunden. Was im Augenblick jedoch erschwerend auf Deutschland lastet, sind lediglich die Geschehnisse, die ausserhalb Ihrer eigenen Initiative und nicht im unmittelbaren Zusammenhang mit der Revolte stattfanden, wie Sie mir an Beispielen selbst erlaeuterten. Das ist besonders in der englischen und amerikanischen Presse zum Ausdruck gekommen."

Dann lasse ich Paragraph 3 aus, Sie sagen:

"Lassen Sie mich Ihnen noch einmal sagen, dass meine eigene Person oder mein Amt - abgesehen von der Wiederherstellung der persoenlichen Ehre - keinerlei Rolle spielen und nur insofern zur Debatte stehen, als die Vorgaenge in der Vizekanzlei am 30. Juni in der Oeffentlichkeit als Folge eines Bruches zwischen Ihnen und mir ausgewertet werden."

Und dann schliessen Sie:

"In unveraenderter Verehrung und Treue."

Wenn, Herr Angeklagter, nur Ihre Ehre freigestellt werden sollte, dann machte es Ihnen nichts aus, ob Ihre Mitarbeiter erschossen werden oder ob Ihre Regierung Mord als ein Instrument der Politik annehme, einer Regierung, der Sie als Mitglied angehoerten. Das macht Ihnen nichts aus, solange Ihre eigene Wuerde und die Moeglichkeit einer Zukunftsanstellung im Auswaertigen gegeben waren .

A: Nein.

F: Warum haben Sie so etwas wie dieses hier geschrieben an den Fuehrer einer Moer

H0377 - 0069

derbande, die Ihre Mitarbeiter ermordet hatten ? Warum haben Sie an ihn geschrieben "Die Niederschlagung der Revolte, Ihr tapferes und entschlossenes persoenliches Eingreifen haben in der ganzen Welt ausnahmlos nur Anerkennung gefunden." Warum schrieben Sie das ?

A: Weil ich zu diesem Datum der Ansicht war, dass in der Tat eine Revolution stat gefunden hatte, dass Hitler Sie beseitigt hatte. Dass auf der anderen Seite viele Leute umgebracht waren, Angehoerige meines eigenen Bueros, da sollte Hitler ja wieder, sollte er die Wahrheit feststellen. Wenn er mir sagte, dass er selber dafuer die Verantwortung uebernehmen wolle, so fand ich das fuer einen ausgezeichneten Akt, aber nicht in dem Sinne, wie Hitler es getan hatte nachher, indem er erklaerte im Reichstag, dass diese Vorgaenge rechtens sind. Ich habe darunter verstanden, dass, wenn er selber die Verantwortung uebernehmen wollte fuer diese Vorgaenge, dass er sie vor der Welt aufklaeren wollte, aber nicht durch einGesetz erklaeren vor der Welt, dass sie rechtens waren ohne Nachforschung.

F: Wollen Sie dem Gericht sagen, dass am 12. Juli Sie dachten, dass irgendwelche Zweifel oder die Moeglichkeit bestuende, dass Ihr Freund Jung des Hochverrats gegen das Reich schuldig sei oder an irgendeiner Verschwoerung gegen Hitler ? Haben Sie das auch nur eine Minute geglaubt ?

A: Herr Hitler hat mir damals erklaert, dass die Erschiessung Boses erstens mal nur eine ---

F: Nein, ich habe Sie zuerst ueber Sie selbst gefragt. Ich habe gefragt, haben Sie fuer einen Moment geglaubt, dass Jung schuldig war eines Hochverrats gegen das Reich oder einer Verschwoerung gegen Hitler ?

A: Nein, sicherlich nicht.

F. Gut, Sie wussten sehr wohl, dass Hitler sich Gedanken gemacht hat ueber die Meinungen im Auslande, hervorgerufen durch die Veroeffentlichungen, dass zwischen Ihnen und Hitler ein Bruch entstanden sei, nicht wahr ? Sie wussten doch, dass nach dem Blutbad die Hilfe eines Exkanzlers des Deutschen Reiches aus einer katholischen und sehr alten Familie hochangesehen in katholischen Kreisen, dass die Hilfe eines solchen Mannes ihm sehr wertvoll sein wuerde nach diesem Blutbad, das die Meinungen im Ausland sehr beunruhigt hatte. Nicht wahr, Sie wussten das ?

A: Nein, aus diesem Brief scheint he vorzugehen, dass ich Hitler neuerdings gebeten habe, festzustellen, weshalb und warum gegen meine Mitarbeiter und mich in dieser Weise vorgegangen worden ist. Er sollte das der Welt sagen.

H0377 - 0070

F: Aber, Herr von Papen, wenn Sie als ehemaliger Kanzler des Reiches und wie Sie selbst sagen, einer der fuehrenden katholischen Leute in Deutschland und ehemaliger Soldat der Kaiserlichen Armee, wenn Sie damals gesagt haetten "ich will mit kaltbluetigem Mord als Instrument zur Politik nichts zu tun haben", dann muessten Sie doch, wenn auch unter einem Risiko fuer Sie selbst, diese ganze faule Regierung heruntergerissen haben, wenn Sie das damals getan haetten. Stimmt das nicht ?

A: Das ist moeglich, aber wenn ich es oeffentlich gesagt haette, wuerde ich wahrscheinlich ebenso irgendwo verschwunden sein wie meine Mitarbeiter, und imuebrigen wusste ja die Welt durch meinen Ruecktritt, dass ich mich mit dieser Sache nicht identifizierte.

F: Wir wollen sehen, was Sie selbst geschrieben haben. Schauen Sie sich 717, welches GB 500 wird, an, das betont die Wichtigkeit, die Hitler Ihrer Anhaenglichkeit beigelegt hat. Ich lese von dem 6. Paragraphen und Sie sagen:

"Ich hoffe, Sie haben meinen gestrigen Brief erhalten und so aufgenommen, wie er gemeint war.

Heute bitte ich Sie aus persoenlichen Gruenden, mich von der Teilnahme an der Reichstagssitzung zu dispensieren. Sie vertraten zwar gestern die Auffassung, mein Fernbleiben koenne den Eindruck erwecken, als sei zwischen uns Unstimmigkeit. Dieser Eindruck wird aber sicher nicht bestehen koennen, wenn Sie in Ihren Ausfuehrungen den Fall der Vizekanzlei in der von Ihnen mir zugesagten Form behandeln. Ich habe in all diesen Tagen groesste Zurueckhaltung nach aussen geuebt und mich so wenig wie moeglich gezeigt, und Sie werden essicherlich verstehen, wenn ich erst dann wieder vor die Oeffentlichkeit treten moechte, wenn jeder Schatten von mir genommen ist.

Den Fraktionsvorsitzenden habe ich gleichfalls gebeten, mein Fernbleiben zuentschuldigen."

Wer war der Fraktionsvorsitzende? War das der Vorsitzende der Nazi-Partei ?

A: Nein, ich glaube, dass der Fraktionsvorsitzende Dr. Frick war.

F: Er war von der Regierungspartei, nicht wahr ?

H0377-0071

18.Juni-A-I.Schm-1-Hausladen.

A: aus diesem Schreiben geht ja hervor, dass ich Hitler gebeten habe, vor dem Reichstag Rechenschaft abzugeben über die gegen mich und meine Mitarbeiter unternommenen Dinge.

F: Sie wollten, dass er eine Erklärung abgebe dahingehend, dass Sie doch niemals von einer Loyalität ihm gegenüber abgewichen seien. Das wollten Sie doch ?

A: Nein, ich wollte, - - -

F: Wenn Sie damit nicht übereinstimmen, dann schauen Sie sich D-718 , welches GB 501 werden wird an und Sie werden sehen, was Sie am nächsten Tag sagen:

" Sehr verehrter Herr Reichskanzler: Nachdem Sie gestern abend der Nation und der Welt den grossen Rechenschaftsbericht der inneren Entwicklung, die zum 30 Juni führte, gegeben haben, habe ich das Bedürfnis, Ihnen, wie einst am 3. Januar 1933 die Hand zu drücken und zu danken für alles, was Sie durch die Niederschlagung der beabsichtigten zweiten Revolution und durch die Verkündung unverrückbarer staatsmännischer Grundsätze dem deutschen Volke neu gegeben haben.

Schmerzvoll tragische Umstände haben verhindert, dass ich zum ersten Mal seit dem 30. Januar nicht an Ihrer Seite erscheinen konnte. Sie selbst haben mich dispensiert und haben Verständnis dafür gehabt, dass der Vizekanzler nicht auf der Ministerbank Platz nehmen kann, solange er sich unter einem Sonderregime befindet. (Meine beschlagnahmten Akten sind trotz Göring und Ihres eigenen Befehls mir auch bis heute noch nicht wieder zugestellt worden.)

Ihre Feststellungen legen es vor der Geschichte klar, dass jede Verdächtigung einer Verbindung meiner Person mit den hochverräterischen Umtrieben eine bewusste Verleumdung und Ehrabschneidung gewesen ist. Ich danke Ihnen für diese Feststellung."

Dann nach Ihrer Behauptung, dass die Leute es immer noch glaubten, sagen Sie im vorletzten Absatz:

" Ich wäre deshalb dankbar, wenn Sie bald einmal Gelegenheit fänden, positiv festzustellen, dass ich bis heute in Loyalität

H0377 - 0072

für Sie, Ihre Führerschaft und Ihr Werk um Deutschland eingestanden bin und gekämpft habe."

Nun, Herr Angeklagter wollen Sie bestreiten, was ich Ihnen vo ein paar Minuten vorgehalten habe, dass alles was Sie wollten , war, dass Ihre Loyalität zu der Regierung der Welt klargemacht wurde? Sie machten sich überhaupt keine Gedanken darüber, dass Schleicher und seine Frau, Bose und Jung und alle diese anderen Leute ermordet worden waren von der Regierung des Reiches, wie hätten Sie sonst einen solchen Brief schreiben können?

V PAPEN: Ich habe diesen Brief geschrieben und wie das ja aus diesem Brief hervorgeht, dass ich weiterhin angeklagt werde, ein Einverständnisses mit den Mordversuchen an Göring, Goebbels und anderen Konspirationen. Deswegen liegt mir daran, festzustellen, oder es liegt mir daran, dass dies Reichskanzler Hitler feststellte, dass ich keine Konspirationen gegen ihn im Gesamtbetrieb dieses Aufstandes unternommen habe. Natürlich befasse ic mich in diesem Schreiben zunächst mit meiner Position, den Positionen meiner Mitarbeiter. Die Wiederherstellung der Ehre des Generals von Schleicher war Aufgabe der Armee und war ja nicht meine Aufgabe.

SIR DAVID MAXWELL'FYFE: Ich werde darauf zurückkommen, wenn wir uns mit der Wehrmacht befassen, aber im Augenblick, sehen Si möchte ich Ihnen folgendes sagen, dass nämlich, nachdem Sie wuss ten dass Ihre eigenen Freunde ermordet waren, - gar nicht zu sprechen von Ihren alten Kollegen, - dass Sie wiederholt Ihre Loyalität erklärt haben und die Tatsache, dass Sie mit Hitler immer zusammengearbeitet haben. War das ehrlich?

Ist das in diesem Brief enthaltene ehrlich oder sagen Sie, das waren nur Lügen, die dazu dienten, Sie selbst zu schützen?

A: Nein, ich habe das geschrieben, weil ja in der Tat das ganz Vorgehen gegen mich, der versuchte Mord an mir durch Himmler, die Tatsache, dass ich verhaftet wurde, waren alle basiert auf der Annahme, dass ich teilgenommen hätte an einer Verschwörung gegen die Hitler-Regierung. Es musste also klargestellt werden,

dass ich gegen diese Regierung, solange wie ich ihr angehört hab in vollster Loyalität gehandelt hatte. Das ist der Grund, warum ich ihm diese Feststellungen machte.

F: Erinnern Sie sich, Ihr Anwalt hatte Ihnen auf Ihre Anweisung hin, einen Fragebogen des Barons von Lersner vorgelegt. Es ist Nummer 2a auf Seite 212 des dritten Buches der Verteidigung. Frage 2a: " Hat der Angeklagte v. Papen infolge Durchdringung von konservativen Ideen fortgefahren zu hoffen, er könne die Hitler-Politik seiner eigenen Denkart anpassen bis zu den Ermordungen am 30 Juni 1934 und hat Hitlers Zustimmung dazu ihn überzeugt, dass seine Anstrengungen und seine Hoffnungen vergebens gewesen seien, und Baron von Lersner hat natürlich diese Frage bejaht.

VORSITZENDER: Welche Frage war das?

SIR DAVID MAXWELL'FYFE: 2a auf Seite 212.

VORSITZENDER: Es ist nicht in unserer Abschrift enthalten.

SIR DAVID MAXWELL-FYFE: Es ist 2h, es tut mir sehr leid. Es ist ganz und gar meine Schuld, es ist etwas verschwommen, und ich dachte, es wäre"a". Ich bin Ihnen sehr dankbar. Ich lese die Frage richtig als 2h.

Drückt das genau Ihre Ansicht aus, --- " bis zu den erfolgten Ermordungen vom 30 Juni 1934 und Hitlers Zustimmung dazu überzeugte ihn" - - Das sind doch Sie - - dass Ihre Hoffnungen und Bemühungen umsonst gewesen seien. Stimmen Sie damit überein. Das ist doch ein Fragebogen, der von Ihrem Anwalt vorgelegt worden ist?

A: Ja, ich stimme damit überein.

F: Wenn das nun Ihre Ansicht ist, warum schrieben Sie diese Briefe, worin diese widerliche Bewunderung Hitlers zu Ausdruck kommt.

A: Was ich in dem Fragebogen zum Ausdruch bringen will oder w ich Lersner fragen will, ist, die Frage, die ich an diesen Zeugen stellen will. Die Antwort, die ich dazu haben wollte, ist --

SIR DAVID MAXWELL'FYFE: Die Antworten, die der Zeuge erwartet sind ja in seiner Frage. Es ist doch das beste Beispiel einer

H0377 - 0074

einer führenden Frage, dass ich jemals gesehen habe, Sie sagen doch, dass dieser Fragebogen Ihre Ansicht ausdrückt.

A: Ich darf sagen, wenn ich dieser Ansicht war, dass mit dem 30 Januar es offensichtlich wurde, dass eine weitere Zusammenarbeit mit Hitler nicht mehr nötig war und dass infolgedessen das Koalitionsprogramm, über das wir uns geeinigt hatten, zusammengebrochen war .....

F: Wenn das Ihre Ansicht war, Angeklagter, warum sagen Sie dann immer wieder, dass Sie eine unveränderte Loyalität und Bewunderung hegen und dass sie zusammenarbeiteten:" Ich verbleibe loyal und Ihnen ergeben Für Ihr Werk, für Deutschland". Warum sagen Sie das immer wieder, wenn Ihre Ansicht dementsprechend in dem Fragebogen enthalten ist, dass die Grundlagen Ihres Glaubens erschüttert wurden, warum schreiben Sie, dass Sie loyal und ergeben der Arbeit Hitlers in Deutschland bleiben würden?

A: Ich habe Ihnen und dem Gericht schon erklärt, dass ich hoffte, dass durch den Zusammenbruch der inneren Lage Hitler auf dem Gebiet der Aussenpolitik eine vernünftige Politik treiben würde. Wir hatten doch mit Hitler zu rechnen und mit seiner Regierung. Alle diese Herren fuhren fort, zusammenzuarbeiten und ich war der Einzige, der austrat. Alle diese Briefe, durch welche Sie beweisen wollen, dass ich unaufrichtig oder nicht wahrheitsgetreu sei, oder wie Sie es nennen, dass ich ein Leugner oder ein Betrüger sei, können vor der Welt die Tatsache nicht ableugnen, dass ich damals meinen Abschied genommen habe.

F: Sie haben eine andere Beschäftigung innerhalb von 11 Tagen angenommen, 11 Tage nach dem letzten Brief haben Sie den Posten angenommen - ich will nicht sagen - diese Mordbande vertreten, aber wenigstens diese Regierung, die den Mord als Mittel und Weg für die Politik benützte, als Konsul für Österreich zu vertreten. Das war 11 Tage nach diesem letzten Brief. Wir wollen sehen, ob das Mordmotiv nicht auch mit dem etwas zu tun hatte. Glaubten Sie, dass Hitler hinter dem Juli-Putsch in

H0377 - 0075

Österreich gestanden hatte, demzufolge der Kanzler Dollfuss ermordet wurde?

A: Ich wusst, dass der von ihm für die Führung der Österreichischen Partei abgeordnete Herr Habicht jedenfalls in dieser Sache im Zusammenhang stand. Dass Herr Hitler selber diesen Akt gebilligt hätte, ist mir nicht bekannt gewesen.

F: Glaubten Sie, dass das deutsche Aussenamt hinter dem Juli-Putsch gestanden hat?

A: Das deutsche Aussenamt?

F: Jawohl.

A: Hat mit dem Putsch garnichts zu tun. nach meiner Auffassung

F: Glaubten Sie, dass Dr. Rieth, wenn ich seinen Namen richtig ausspreche, der deutsche Gesandte in Wien, glaubten Sie, dass er hinter dem Putsch gestanden hat?

A: Mir ist nur bekannt, dass Dr. Rieth nur verhandelt hat mit der österreichischen Regierung.

F: Noch einmal, Sie wussten nicht, dass Hitler dahinter gesteckt hatte. Sie streiten ab, dass das deutsche Aussenamt dahinter gestackt hatte. Sie wussten nicht, dass Dr. Rieth dahintergesteckt hatte? Schauen Sie sich Seite 98 des Dokumentenbuches 11a an, es ist 79/80 des deutschen Buches, ich glaube, es ist Seite 79, es ist Ihr Bericht ein Jahr später, es ist etwas aus der Zeit gerissen wegen des Satzes, worin Sie die Tatsachen wiederholen. Und wenn Sie sich den Absatz ansehen ------- Ich glaube, es ist der letzte Absatz auf Seite 79 im deutschen Text, es ist der vorletzte Absatz auf Seit 96 Dokumentenbuch 11a. Ich zitiere:" Die Hoffnung, dass die persönliche Besprechun zwischen dem Führer und dem Reichskanzler und dem Oberhaupt von Italien in Stresa zu einer Bereinigung von deutsch-italienischen Differenzen führen würde, wurde gerade in das Gegenteil umgewandelt durch die drohende Haltung Mussolinis, die er nach dem Anschlag auf seinen Freund Dollfuss genommen hatte und durch die teilweise Mobilisierung italienischer Einheiten am Brenner. Es wurde offensichtlich, dass der Versuch, normale und freund-

H0377-0076

schaftliche Beziehungen durch meine Entsendung nach Wien wiederherzustellen, keine leichte Aufgabe sei, nachdem was sich vorher ereignet hatte. Das Misstrauen, die Gewaltmethoden der österreichischen NSDAP ....."

Sehen Sie sich bitte die nächsten Worte an ....." beeinflussten, als es mit der Zeit immer mehr offensichtlich wurde aus früheren Verhandlungen durch führend-deutsche Persönlichkeiten, war zu stark. Der Eindruck, der durch die terroristischen Methoden und den Tod des Bundeskanzler hervorgerufen wurde war unauslöschlich verbreitet in weitesten Kreisen."

Nun Angeklagter, sagen Sie dem Gericht, wer die führenden Reichspersönlichkeiten, welche damals im Auftrag von Hitler die österreichische Politik der Nazis geleitet haben. Aber ich darf darauf aufmerksam machen, dass in diesem Satz ja steht, dass das Misstrauen in die Gewaltmethoder der Nazis Österreichs immer mehr offensichtlich wurde. Aus füheren Verhandlungen, und das ist eine Tatsache, haben wir erst später erfahren, damal noch nicht, als mir dieser Auftrag gegeben wurde.

F: Was ich wissen will, und meine Frage war; Wer waren die führenden reichsdeutschen Persönlichkeiten? Wollen Sie dem Gericht sagen, dass Habicht der nur ein Verbindungsmann der NSDAP in Österreich war, eine führende deutsche Persönlichkeit gewesen ist. Wer waren sie denn? Sie wollen doch nicht sagen, dass österreichische Nazis führende reichsdeutsche Persönlichkeiten gewesen sind. Wer waren die führenden Persönlichkeiten, über die Sie da sprechen ?

A: Die führende Persönlichkeit war zweifellos Herr Habicht. Diesen Brief habe ich geschrieben, um Hitler zu sagen " Siehe was Du angerichtet hast."

F: Wollen Sie ernstlich dem Gericht zu verstehen geben, dass es auf Grund dieser Aussage Ihre Glaubwürdigkeit beurteile, dass Sie mit führenden reichsdeutschen Persönlichkeiten Habicht meinten, und dass Sie niemand anders im Sinne hatten, obwohl Sie den Plusal benützen. Wollen Sie das dem Gericht zu verstehen

H0377 - 0077

geben,? Nun besinnen Sie sich, ehe Sie antworten - Erinnern Sie sich, dass General Glaise-Horstenau sich nicht einmal an Habicht erinnern konnte, als er hier aussagte. Sie können doch nicht hier ernstlich sagen wollen, dass Sie einen Verbindungsagenten mit der österreichischen Nazipartei als eine führende reichsdeutsche Persönlichkeit bezeichnen wollen. Denken Sie nochmals darüber nach und sagen Sie dem Gericht, was Sie damit meinten.

A: Herr Richter, Herr Habicht war nicht ein Agent, sondern Habicht war von Hitler eingesetzt, als der Führer der österreichischen Partei, also kann ich ihn doch nicht als eine führende Persönlichkeit nennen. Wenn Hitler selbst von den Dingen Kenntnis gehabt hat, dann wird er ja beim Lesen meines Briefes gewusst haben, worauf ich anspielt.

F: So etwa, wenn ich Ihnen Habicht zugestehen wollte, was ich gewiss nicht tun kann, so ist das doch nur ein Mann. Wer wind dann die anderen? Sie beziehen sich auf reichsdeutsche Persönlichkeiten. Wer sind denn die anderen Leute, die hinter diesem Putsch und Mord gestanden haben?

A: Ich muss nun offen sagen, dass ich mich an das nach 12 - 15 Jahren nicht mehr erinnern kann, welche Leute ich im Auge gehabt habe, als ich das schrieb. Jedenfalls war es der Zweck dieses Briefes, und das werden Sie zu schätzen wissen, Hitler zu berichten, dass die Methoden, die angewandt sind, viel schädlicher waren, als wir damals gewusst haben.

F: Nun, das will ich annehmen. Wir werden jetzt von der Tatsache weitergehen, dass Sie wussten, dass verschiedene ungenannte , prominente deutsche Reichspersönlichkeiten hinter dem Mord an Dollfuss standen. Nun Im Weitergehen wollen wir betrachten was Herr Messerschmitt über Sie sagt. Deshalb wollen wir uns mal ansehen, was er sagt und feststellen, wieviel an dem wahr ist, wieviel Sie für wahr erachten.

Herr Richter, ich glaube, ich habe Ihnen gestern die Hinweise gegeben, Affidavit 1760-PS, Dokumentenbuch 11 auf Seite

22, ist der wichtigste Teil. Die andere eidesstattliche Versicherung ist 2385-PS, ist 11a Seite 24. Es ist etwas kürzer. Ich glaube, das, was Sie sich anschauen sollen, ist 1760-PS und beginnt auf Seite 3, haben Sie es, hohes Gericht. Ich möchte, dass Sie auf das Stück in der eidesstattlichen Erklärung kommen. Ich glaube, ich kann Ihnen nicht die deutsche Stelle geben, wo er über Sie selbst spricht. Es ist auf Seite 22. Der Absatz beginnt:" ..... dass die Politik des Anschlusses unverändert geblieben ist wurde mir von Franz von Papen, als er als deutscher Minister in Wien ankam, bestätigt."Haben Sie die Stelle gefunden Herr Angeklagter?

F: Vielleicht können Sie den Abschnitt finden, der beginnt: " Dass die Anschlusspolitik vollkommen unverändert blieb, wurde mir von Franz von Papen bei seiner Ankunft in Wien als deutscher Gesandter bestätigt."

Können Sie das finden? Es befindet sich ungefähr auf der Mitte der Seite.

A: Ja.

F: Nun, wenn Sie etwas weiter unten im Affidavit des Mr. Messerschmitt sehen, so sagt er folgendes:

" Als ich von Papen in der deutschen Gesandtschaft besuchte, begrüsste er mich mit den Worten:" Jetzt sind Sie in meiner Gesandtschaft und ich kann die Unterhaltung führen. " In zynischster und schamlosester Art und Weise fuhr er dass fort, mir zu erzählen, dass ganz Südeuropa bis zu der türkischen Grenze Deutschland natürliches Hinterland sei, und dass er dazu berufen sei, die deutsche ökonomische und politische Kontrolle über dieses ganze Gebiet für Deutschland zu erleichtern. Er sagte trocken und ungeschminkt, dass das Erreichen der Kontrolle über Österreich der erste Schritt hierzu sei. Er erklärte mit Bestimmtheit, dass er in Österreich war, um die österreichische Regierung zu untergraben und zu schwächen und von Wien aus, an einer Schwächung der Regierung in anderen Staaten im Süden und Südosten zu arbeiten. Er sagte, dass er seinen Ruf als guter Katholik aus-

H0377 - 0079

nützen werde, um Einfluss auf gewisse Österreicher , Wie Kardinal Innitzer, zu diesem Endzweck auszuüben. Er sagte, dass er mir das erzähle, weil die Deutsche Regierung diesem Ziel, Kontrolle über Südosteuropa zu erhalten, verpflichtet sei, und dass sie nichts zurückhalten könne und dass unsere eigene Politik und die Politik Frankreichs und Englands nicht realistisch sei."

H0377 - 0080

Sodann sagt Mr. Messersmith, dass er Ihnen gesagt hätte, dass er erschüttert sei und dass Sie nur lächelten und sagten, dass diese Unterhaltung nur zwischen Ihnen und Mr. Messersmith sei und dass Sie nicht so offen zu anderen sprechen würden.

Sodann fährt er fort:

"Ich bin im Hinblick auf diese Unterhaltung in Einzelheiten gegangen, weil sie kennzeichnend für die unbedingte Offenheit und Unumwundenheit ist, mit der hohe Nazibeamte von ihren Nazizielen sprachen."

Nun, Sie haben dem Gerichtshof erklärt, dass Sie derartiges Mr. Messersmith nicht gesagt hätten. Ganz gleichgültig, ob Sie das Mr. Messersmith gesagt haben oder nicht, wollen Sie ableugnen, dass dies Ihre Ziele und Absichten waren?

A: Ja, ich streite absolut ab, dass meine Zwecke und Ziele die gewesen sind, die Mr. Messersmith in seinem Affidavit hier angibt. Ich habe gestern das Gericht ...

F: Ich möchte das gleich aufgreifen. Wollen Sie nocheinmal das Dokument ansehen, das Sie sich vor kurzer Zeit bereits betrachtet haben. Es ist Dokument 2248-PS.

Herr Vorsitzender, es findet sich auf Seite 96 im Dokumentenbuch 11-A. Ich möchte auf Seite 97 übergehen, Seite 81 im Deutschen Buch.

Nun, Angeklagter, dies war Ihre Anschauung im Jahre 1935. Sehen Sie sich oben, Seite 81 des deutschen Textes an.

Herr Vorsitzender, es ist der erste Abschnitt auf Seite 97:

"Die grosse historische Rede des Führers vom 21. Mai d. J. und später das Flottenabkommen brachten eine starke aussenpolitische Entlastung nach der englischen Seite. Aber die klare und endgültige Definierung des Verhältnisses des Nationalsozialismus, zur sowjetischen Staatsdoktrin hatte die russisch-französischen Bemühungen, uns im Osten und Südosten lahm zu legen, selbstverständlich verdoppelt, ohne zugleich durch den klaren Verzicht auf die Annektion oder den Anschluss Österreichs eine Entlastung nach der Gegenseite zu erzielen.

Der Versuch jeder wirtschaftlichen und mehr noch jeder politischen Offensive des neuerstandenen Dritten Reiches nach dem europäischen

H0377 - 0081

üdosten muss zwangsweise auf eine gesamteuropäische Front stossen."

Wer hat die Frage einer wirtschaftlichen oder politischen Offen-ive, nach dem europäischen Südosten, Ihnen in den Sinn gebracht? atten Sie das mit dem Angeklagten von Neurath besprochen?

A: Nein, durchaus nicht.

F: Glauben Sie, dass Sie für sich selbst gesprochen haben?

A: Selbstverständlich, ich stelle ja nur eine Negative fest. Ich telle fest, Sir David, dass ein Vordrängen in den Südostraum, an die esamte europäische Front stossen muss. Also ich warne davor.

F: Sie werden verstehen, Herr von Papen, dass ich im Augenblick einen Kommentar hierzu machen kann. Ich kann nur Ihre Aufmerksamkeit uf Dinge lenken. Ich frage Sie, ob Sie diesen Gedanken von, sagen ir, dem Aussenminister erhalten haben, oder ob es Ihr eigener Ge-anke war. Sie sagen es war Ihr eigener Gedanke.

A: Ja.

F: Sehen Sie sich Seite 82 an.

Herr Richter, es ist auf der gleichen Seite 97 des englischen extes.

Sie fahren dort wie folgt fort:

"Diese realpolitische Betrachtung der europäischen Konstellation ergibt ohne Weiteres, dass das deutsch-österreichische Problem, in der nahen Zukunft jedenfalls, von der aussenpolitischen Seite mit Erfolg nicht angefasst werden kann. Wir müssen uns vorläufig damit bescheiden, den internationalen Status Österreichs für eine spätere Lösung nicht verschlechtern zu lassen. In dieser Beziehung scheint die Gefahr eines Nichteinmischungspaktes mit bilateralen Sicherungs-verträgen erfolgreich abgewehrt. Das Heranreifen einer Lösung war und bleibt nur der Gestaltung des deutsch-österreichischen Verhält-nisses in sich überlassen."

Warum fürchteten Sie sich so sehr vor einem Nichteinmischungs-pakt, wenn Ihr Gedanke es war, dass nur eine evolutionäre Lösung der österreichischen Frage, beruhend auf den eigenen Willen Österreichs, erfolgen sollte? Warum befürchteten Sie, dass ein Nichteinmischungs-pakt das Reich so binden würde, dass es sich in Österreich nicht einmischen könnte?

H0377 - 0082

A: Aus einem sehr einfachen Grunde. Alle politischen Kombinationen die damals von der Gegenseite getroffen wurden, hatten nur das eine Ziel, Österreich in eine Kombination hineinzustellen, sei es ein Donau-Pakt, sei es ein Pakt mit Italien und Frankreich, eine Situation, die es unmöglich machte den Anschlussgedanken vorwärts zu bringen. Infolgedessen musste unser selbstverständliches politisches Ziel sein und bleiben, den internationalen Status Österreichs nicht verschlechtern zu lassen, wie ich es hier ausgeführt habe.

F: Jawohl, das ist die Antwort, die ich erwartet habe. Sehen Sie sich nun auf Seite 82 an, in dem nächsten Abschnitt:

"Die deutsche Nation hat durch Jahrhunderte einen wahren Leidensweg für die Erringung ihrer Einheit durchschreiten müssen. Mit dem Aufbruch des Nationalsozialismus und der Begründung des Dritten Reiches durch die endgültige Erschlagung allen einzelstaatlichen Partikularismus schien eine einzigartige, nie wiederkehrende Gelegenheit gegeben, Bismarcks Werk zu vollenden und das deutsch-österreichische Verhältnis - als dynamische Folge des innerdeutschen Geschehens - einer Lösung näherzubringen."

Ich möchte sehen, ob ich ganz kurz darlegen kann, was Sie mit der Vollendung des Werkes dieses Mannes meinen, weil ich hoffe, dass wir über die ältere Geschichte nicht verschiedener Meinung sind, was wir auch über die neuere Geschichte denken. Ich verstehe Ihre Ansicht dahingehend, dass die Errichtung des deutschen Reiches durch Bismarck vom Jahre 1881 nur die Lösung eines Versuches war, die das Habsburger Reich von Deutschland getrennt liess und dass die endgültige Vollendung seines Werkes darin bestand, dass die alten Habsburger Gebiete mit den Staaten zurückgeführt werden sollten, die im heiligen römischen Reich enthalten waren. Ist das nicht im Grossen und Ganzen so?

A: Ganz recht. Nicht die Habsburger Staaten alle, sondern Österreich, der deutsche Anteil.

F: Die ursprünglichen Habsburger Gebiete?

A: Jawohl.

F: Richtig. Ich hoffe, ich drücke mich objektiv genug aus.

A: Jawohl.

H0377 - 0083

F: Mit Bezug hierauf, was haben Sie gemeint, wenn Sie sagen, dass das deutsch-österreichische Verhältnis als dynamische Folge des innerdeutschen Geschehens einer Lösung näherzubringen wäre? Was haben Sie damit gemeint?

A: Damit meine ich folgendes: Noch niemals in der deutschen Geschichte war es vorgekommen, dass eine grosse Partei, welche die Einheit Deutschlands auf ihre Fahne geschrieben hatte, in beiden Ländern bestand. Das war eine einmalige historische Erscheinung und ich wollte damit ausdrücken, dass die Dynamik dieser Bewegung, in beiden Ländern, die auf eine Einheit drängt, eine Aussicht auf eine Lösung gibt.

F: Sehen Sie, Herr Angeklagter, die Schwierigkeit, die ich Ihnen erklären wollte, ist folgende: Wir können Sie einem Zentralismus in Deutschland zustimmen, das eine Nazi-Regierung hatte, deren skrupellose Botschaft Sie damals, nach den Ereignissen vom 30. Juni 1934, kannten, wie können Sie ein skrupelloses zentralisiertes Deutschland in Einklang bringen mit einer evolutionären Lösung des österreichischen Problems? Das sagt dieser Abschnitt. Was ich behaupte ist, dass seine Bedeutung viel einfacher ist, als Sie uns gesagt haben. Das bedeutet nämlich, dass Sie darauf aus waren, Österreich in das nationalsozialistische Reich, bei erster Gelegenheit, einzuverleiben.

A: Selbstverständlich musste ich mit den gegebenen Verhältnissen rechnen und habe mit ihnen gerechnet, wie jeder Realpolitiker. Also ich werde versuchen, mit Hilfe der vorhandenen Faktoren, der nationalsozialistischen Partei in beiden Ländern, zu einer Lösung zu kommen, aber ich sehe keinen Widerspruch, Sir David. Sie sagen, wieso ich mein Ziel erreichen könnte durch Zentralismus. Wenn Sie das Ende meines Berichtes gütigst sehen wollen, so werden Sie finden, dass ich Hitler ja einen Dezentralismus vorschlage.

F: Sehen Sie, in Augenblick habe ich Sie nur um eine Erklärung Ihres Ausdruckes "dynamische Folge des innerdeutschen Geschehens" gebeten. Kurz ausgedrückt, bitte ich Sie, Angeklagter, zu bedenken und ich will mich mit Ihnen hierüber nicht streiten, dass der erste Punk des Mr. Messersmith eine Frage über diese Aktion in Südost-Europa

H0377 - 0084

war. Der zweite Punkt ist, dass Österreich zuerst erledigt werden müsste.

Ich bitte Sie, so gut zu sein, im selben Dokumentenbuch, auf Seite 102 zu blättern, wo sich Ihr eigener Bericht vom 18. Oktober 1935 befindet. Bitte beschäftigen Sie sich mit der dritten Behauptung des Mr. Messersmith gegen Sie, eine Sache, die Sie abstreiten, dass Sie in Österreich dahingehend arbeiten sollten, um das Regime zu schwächen.

Ich möchte nur den 1. Satz verlesen, damit diese Sache in Ihr Gedächtnis zurückgerufen wird. Der Bericht, mit dem ich mich beschäftige, ist vom 18. Oktober 1935. Sie beschäftigen sich darin mit der Regierungsbildung in Österreich und Sie sagen, im Dokumentenbuch 11-A, auf Seite 100; Herr Vorsitzender, es ist ein neues Dokument, GB-502:

"Die gestrige Kabinettsumbildung gleicht einem kalten, von Starhemberg und der Heimwehr durchgeführten Putsch. Es stellt sich heraus, dass der Minister Fey von seiner beabsichtigten Ausbootung frühzeitig Kenntnis erhalten hatte und bereits gestern nachmittag die öffentlichen Gebäude Wiens durch die ihm ergebene Wiener Heimwehr besetzen liess. Die Regierung parierte diese Massregel, indem sie gleichzeitig die Besetzung durch Polizei verstärkte."

Sodann besprechen Sie die Angelegenheit. Das findet sich zu Beginn des Berichtes. Sodann, auf der übernächsten Seite, ungefähr in der Mitte der Seite, sagen Sie folgendes:

"Trotz des offenbaren Sieges des Vizekanzlers und des heissen Bemühens der österreichischen Presse, die Kabinettsumbildung mit Gründen innerer Konolidierung plausibel zu machen, herrscht in der österreichischen Öffentlichkeit - auch in Heimwehrkreisen - das Gefühl, einer völlig unsicheren Entwicklung entgegenzugehen.

Von unserem Gesichtspunkte aus ist die Änderung der Dinge nur zu begrüssen. Jede neue Auflockerung des Systems ist von Vorteil, auch wenn sie sich in Effekt zunächst gegen uns zu richten scheint. Die Fronten geraten in Bewegung, und es wird unsere Sorge sein müssen, sie in Bewegung zu halten."

H0377-0085

Nun, Angeklagter, damit ist ganz klar, oder nicht, dass Sie meinten, dass, solange politische Ungewissheit, oder politische Störungen im österreichischen Staat vorhanden waren, ganz gleichgültig, ob die Bewegung anti-deutsch war, solange der Kampf sich vergrösserte und Misstrauen sich verbreiterte, dass all dies von Vorteil Deutschlands wäre und dass Sie gerade das wollten. Wollen diese Zeilen dies nicht sagen?

A: Nein, nicht ganz.

F: Nicht ganz?

A: Ich darf folgendes zu Ihrer Erklärung sagen, Sir David. Es handelt sich hier, in diesem Bericht, um eine Regierungsänderung, unter Einschluss des Fürsten Starhemberg und der Heimwehr. Es ist Ihnen bekannt, dass Starhemberg und die Heimwehr sich mit Mussolini verbündet hatten, gegen das Deutsche Reich. Eine Auflösung dieser innerpolitischen Front, die gegen die Interessen eines Zusammenschlusses gerichtet war, konnte nur von Vorteil, im Sinne meiner Politik, liegen.

F: Was ich aber nicht verstehe, ist folgendes: Sie haben gesagt, "trotz des offenbaren Sieges des Vizekanzlers und des heissen Bemühens der österreichischen Presse..." und fahren fort "jede neue Auflockerung des Systems ist von Vorteil." Sie sehen, Prinz Starhemberg und die italienische Partei, hatten, Ihrer Meinung nach, gewonnen, da Sie sagen "trotz dds offenbaren Sieges." Sodann sagen Sie "jede neue Auflockerung des Systems." Das konnte nicht das Bündnis Starhemberg sein, weil jenes erfolgreich war. Mit "System" meinen Sie die österreichische Regierung, oder nicht? Sie können gar nicht anderes meinen.

Herr Vorsitzender, vielleicht sollte ich mit diesem Argument nicht fortfahren, aber es ist ein etwas komplizierter Gegenstand.

ZEUGE: Ja, das ist er.

VORSITZENDER: Ich dachte, dass Sie seine Aufmerksamkeit auf die übrigen Sätze lenken sollten?

SIR DAVID MAXWELL-FYFE: Gewiss, Herr Vorsitzender, wir wollen weiterlesen:

H0377 - 0086

"Die Weiterführung von Ausgleichsverhandlungen, auf die ich schon seit der Genfer Erklärung verzichtet habe, scheint vorläufig ganz überflüssig. Man wird gut tun, die wachsend erregte Stimmung im Volke gegen den italienischen Kurs durch kluge und taktvolle pressemässige Behandlung weiterzutreiben, ohne jedoch der Regierung irgend einen begründeten Anlass zu geben, zu dem Verlegenheitsmittel einer neuen Hetze gegen uns schreiten zu können. Ich wäre dankbar, wenn der Herr Reichsminister für Propaganda einige erprobte Journalisten in diesem Sinne ansetzen wollte.

Im übrigen können wir die weitere Entwicklung getrost der nahen Zukunft überlassen. Ich bin überzeugt, dass die Kräfteverschiebung auf dem europäischen Schachbrett uns in nicht ferner Zeit erlauben wird, die Frage unserer Einflussnahme auf dem Südostraum aktiv anzufassen."

Ist es nicht ganz aussergewöhnlich, wenn ich so sagen darf, wie Mr. Messersmith Ihre Gedanken erfahren konnte, da Sie niemals ein Gespräch mit ihm gehabt haben?

Herr Vorsitzender, vielleicht ist das ein günstiger Zeitpunkt abzubrechen?

VORSITZENDER: Wir vertagen uns nunmehr.

ZEUGE: Darf ich morgen nocheinmal auf die Frage zurückkommen?

VORSITZENDER: Gewiss.

(Worauf hin sich das Gericht bis auf Mittwoch, den 19. Juni 1946 lo.00 Uhr vertagt.)